

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Donnerstag, den 20. Januar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Arbeitertum und Koalitionsfreiheit in England.

Als die Fragen, welche das Birkular des Grafen Posadowsky aufwirft, haben, freilich schon vor Jahrzehnten, die öffentliche Meinung, Presse, Regierung und Parlament Englands beschäftigt. Der Gang der Entwicklung war der vom Koalitionszwang zur Koalitionsfreiheit. In England bedauert kein Staatsmann, keine Zeitung, ja kaum noch ein Unternehmer, daß die Gewerkschaftsbewegung frei ist von jeder polizeilichen Aufsicht, Bevormundung und Verfolgungssucht, daß Streiks sich ohne jede Störung abwickeln können. Die tiefen Wunden, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes, der Autorität der Behörden und auch der Industrie die Einmischung der Behörden in die aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Zwistigkeiten geschlagen hat, machten es für immer unmöglich, daß jemand beim englischen Volke, seiner Regierung und seinem Parlamente ernst genommen wird, der Vorschläge wie die des Grafen Posadowsky zur Diskussion stellen wollte.

Für unsere Gegner lehrreich, für unsere Leser nicht uninteressant wird eine kurze Darstellung der englischen Erfahrungen mit dem Arbeitertum sein.

Streiks und sonstige Arten organisirten Widerstandes gegen Forderungen der Unternehmer wurden mit fester Hand niedergehalten. Die ersten zwanzig Jahre des 19. Jahrhunderts waren Zeugen einer im Namen des Gesetzes geführten Verfolgung von Trades-Unionisten als Aufwiegler und Umstürzler. Diese Verfolgung, die das gefährliche Wachstum der Unionen hinderte und ihre Mitglieder zu Gewaltthätigkeiten und Aufständen trieb, führte schließlich zur Abschaffung der gegen die Verbindung gerichteten Gesetze und zur Geburt der modernen, nun so mächtigen und einflussreichen Gewerkschaftsbewegung in England. Einem einzelnen Unternehmer, sagte Lord Jeffrey, stand es zu jeder Zeit frei, alle seine Arbeiter — ob 100 oder 1000 — augenblicklich zu entlassen, wenn sie die Löhne nicht akzeptieren, die es ihm gefiel, ihnen zu bieten. Aber es wurde der Gesamtheit der Arbeiter als ein Verbrechen angerechnet, diesen selben Meister, wenn er sich weigerte, die Löhne zu geben, die sie verlangten, auf der Stelle zu verlassen. Kein Mensch erhob Anklage gegen die Messerschmiedemeister, die im Jahre 1814 ganz offen die „Sheffield Mercantile and Manufacturing Union“ gründeten, deren hauptsächlichste Satzung die war, daß kein Kaufmann oder Fabrikant bei Strafe von 100 Pf. Sterl. (2000 M.) für jede Ueberschreitung dieses ungesetzlichen Vertrags, für irgend einen in Sheffield verfertigten Artikel höhere Löhne zahlen dürfte, als im vorhergegangenen Jahre allgemeiner Satz gewesen. Aus der ganzen Epoche der Repression, wo tausende von Arbeitern für das Verbrechen leiden mußten, Verbindungen eingegangen zu sein, wird von keinem einzigen Falle berichtet, wo ein Unternehmer für dasselbe Vergehen bestraft wurde. In die allgemeine Angst der herrschenden Klasse, daß die Unbotmäßigkeit sich zur Rebellion entwickeln könne, mischte sich die Abneigung der Kapitalisten gegen hohe Löhne und der Abscheu des Politikers vor demokratischen Einrichtungen. Die Koalitionsgesetze wurden, wie Francis Place uns erzählt, als absolut notwendig betrachtet, um ruinöse Erpressungen seitens der Arbeiter zu verhindern, die, wenn nicht auf solche Weise in Schranken gehalten, die Gewerbe, die Fabriken, den Handel und die Landwirtschaft der Nation zu Grunde richten würden. Dies führte zu dem Schluß, daß die Arbeiter die gewissenlosesten aller Menschen seien. Gerechtigkeit zu erlangen stand für sie ganz außer Frage; nur selten wurden sie von den Richtern angehört und niemals ohne Zeichen der Ungeduld und ohne Beleidigungen; niemals durften sie auch nur annähernd auf eine rationale Schlussfolgerung rechnen. Die Verhandlungen, Vershöre und Prozesse vor den Polizeibehörden und Gerichten aller Instanzen waren charakterisirt durch grobe Ungerechtigkeiten, faule Beschimpfungen und fürchterlich harte Strafen. So urtheilt ein Bourgeois jener Zeit. Im Dezember 1817 trafen die Polizeibeamten von Bolton, die zufällig erfuhren, daß zehn Delegirte der Rattendrucker aus den verschiedenen Distrikten des Königreichs am Neujahrstage zusammenkommen würden, Vorkehrungen, dieselben alsbald zu verhaften und alle ihre Papiere mit

Weschlag zu belegen. Diese zehn Delegirte hatten drei Monate Gefängniß zu erleiden, trotzdem sie in keinem Streik mit ihren Unternehmern lagen. Aber der Hauptzweck des Gesetzes war, Streikende schwach zu setzen und Forderungen von besseren Arbeitsbedingungen abweisen zu können. Schon im Jahre 1786 war das bestehende Verschönerungsgesetz künstlich geändert worden, um fünf Londoner Buchbinder, die einen Streik behufs Reduzirung der Arbeitsstunden von zwölf auf elf geleitet, mit zwei Jahren Gefängniß zu bestrafen.

Am meisten bekamen die Arbeiter der neuen Textilindustrien die Schwere des Koalitionsgesetzes zu fühlen. White und Benson verglichen die Wirkungen des Gesetzes von 1800 auf diese Verufe mit einem „fürchterlichen Mühlsteine“ an dem Hals des Arbeiters, der denselben bedrückt und zu Boden gezogen hat. Bei jedem Schritt, den er versucht hat, bei jeder Maßregel, die er erdachte, um seinen Lohn aufrecht zu erhalten oder zu heben, wurde ihm erklärt, daß sei ungesetzlich. Die Richter, die da glaubten, im Einklang mit den Ansichten der Gesetzgebung zu handeln, wenn sie die Löhne niederhielten und die Verbindungen hinderten, behandelten in fast jedem Falle jeden Versuch seitens des Arbeiters, seine Lage zu verbessern oder seine Stellung in der Gesellschaft zu heben, als eine Art Auflehnung und Widersetzlichkeit gegen die Regierung. Am 21. Februar 1834 veranlaßten die Pächter des Dorfes Lodbroke die Lokalbehörden, Plakate anschlagen zu lassen, welche die Landarbeiter mit der Androhung verwarnten, daß jeder, der der Union beitrete, zu sieben Jahren Deportation verurtheilt werden würde. Im Verlauf von drei Tagen wurden die Brüder Dovelesch und vier weitere Mitglieder festgenommen und ins Gefängniß gebracht. Die Dovelesch und ihre Freunde scheinen schlechte Methodisten und zwei von ihnen Wanderprediger derselben, also gute, fromme Christen gewesen zu sein. Es wurde in der Anklage und in den Zeugenaussagen nichts gegen sie vorgebracht, was schlimmer war, als daß sie Spielereien mit Eiden getrieben, was zu den Einführungszeremonien ihrer Gewerkschaft gehörte. Kein Versuch der Einschüchterung, der Gewaltthätigkeit, ja nur des Streiks und der Lohnforderung konnte ihnen vorgeworfen werden, und doch wurden sie nach denkbar kürzester Verhandlung zu sieben Jahren Deportation verurtheilt. Der Ministerpräsident billigte diesen Urtheilspruch öffentlich, am 30. des Monats, der dem Prozeß folgte, erklärte die Regierung im Parlamente, daß die Verurtheilten im Gefangenschiffe nach Botany Bay (Australien) auf dem Wege seien.

Noch im Jahre 1751 urtheilte der berühmte englische Jurist Roberts über die den Arbeitern entgegenstehenden Schwierigkeiten folgendermaßen: „Es giebt in der That in den Gerichtshöfen Männer, die ehrlich sind und den Wunsch haben, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber alle ihre Tendenzen und Lebensumstände stehen im Gegensatz zu den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern. Sie hören den Gegnern der Gewerkschaften nicht nur oft, sondern auch gerne zu und lernen auf solche Weise den Fall mehr kennen, wie er gegen die Arbeiter steht, als was in ihm zu deren Gunsten spricht. Man kennt die überwältigende Macht, wenn die Arbeiter vereint handeln, und das erweckt natürlich den entsprechenden Wunsch, den Arbeitern um jeden Preis Widerstand zu leisten. Und so giebt es hundert andere Faktoren, die alle auf dasselbe hinauslaufen: politische Verbindungen, Verbindungen durch Heirathungen, Hoffnungen auf Erbschaften uim. Ich will damit nicht sagen, daß alle Inhaber von Richterposten in dieser Weise oder etwa in gleichem Maße beeinflusst sind, aber es ist sicherlich zum Mindesten ein nicht sehr aussichtsvolles Spiel, in einer Frage für einen Arbeiter als Anwalt aufzutreten, die den geringsten Zweifel gegen ihn zuläßt. Es ist mir noch nie vorgekommen, daß ich einem Friedensrichter begegnet wäre, der eine Vereinbarung von Meistern, irgend einen bestimmten „lästigen Burschen“ nicht zu beschäftigen, als ungesetzliche Handlung betrachtet hätte, lehrt man aber den Fall um, so hat man sofort eine fürchterliche Verschönerung, die durch den kräftigen Arm des Gesetzes niedergehalten werden muß.“

Bis in die letzten 60er Jahre unseres Jahrhunderts, an einzelnen Orten bis in die 70er Jahre gingen die Verfolgungen der Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Thätigkeit. Aber die von den Fanatikern der brutalen Unterdrückungs-Politik erhoffte Wirkung blieb aus. Den Gewerkschaften konnte das Lebenslicht nicht ausgeblasen werden. Trotz aller schweren Opfer, die das Zusammen-

halten der Arbeiter forderte, standen die Arbeiter nicht nur immer zahlreicher, nein auch immer fester und treuer zusammen. Statt Gewaltthätigkeiten zu verhindern, beschwor die erzwungene Geheimniskammer eher solche heraus und ermöglichte, den Arbeitern Thaten unterzuschreiben, an denen agents provocateurs, jedenfalls keine Gewerkschaftler die Schuld trugen, so die folgenschwere Schießpulver-Explosion im Hause eines Arbeiters in Sheffield im Oktober 1866. Die Folge dieser That war die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, die feststellte, daß allerdings in Sheffield und Manchester bei Schleifern und Biegelarbeitern verbrecherische Handlungen begangen wurden, daß sich indeß keinerlei Mitschuld auf Seiten anderer Gewerkschaften ermitteln lasse und daß vor Allem die großen mächtig erstarkten Gewerkschaften, die sich einer ungehörten Entwicklung erfreut hatten, solche Gewaltthaten nicht nur theoretisch mißbilligten, sondern auch praktisch nicht zur Ausführung kommen ließen. Das erste Blatt des englischen Kapitalismus, die „Times“ mußten auf Grund der Ergebnisse der jahrelangen Arbeiten der parlamentarischen Untersuchungskommission erklären (Zeitartikel vom 8. Juli 1869): „Wahre Staatskunst wird versuchen, den Einfluß der Gewerkschaften weder zu erhöhen oder auch zu verringern, sondern ihn als Thatsache anerkennen, und ihm freien Raum zur legitimen Entwicklung zu geben.“

Nach einigen Jahren wurde den Gewerkschaften das volle Recht von Vereinen mit juristischer Persönlichkeit eingeräumt und heute giebt es in England keinen vernünftigen Mann, der eine Gewaltpolitik gegen die Gewerkschaften empfehlen wollte. Man hat Vertretern der Gewerkschaften höchste Staatsämter angeboten und übertragen, ihre Aeußerungen haben nun stets Anspruch, als gewichtige Urtheile angesehen zu werden. Ruhig, friedlich verlaufen die Lohnkämpfe, so der heroische Kampf der englischen Maschinenbauer, der nun sieben Monate währt. Selbst der deutsche Kaiser, der erst im vorigen Jahre den Schutz der Arbeitswilligen in seiner vielvermerkten Viefelfelder Rede proklamirt hatte, äußerte sich rückhaltlos anerkennend über den Verlauf dieses Lohnkampfes.

In völlig unbeschränkter Freiheit, aber auch in den friedlichsten Formen verläuft das Leben der englischen Gewerkschaften, nachdem drei Vierteljahrhunderte mehr oder minder brutaler Vergewaltigung der Aera der Koalitionsfreiheit in England vorgegangen sind.

Der Graf v. Posadowsky kennt die Geschichte der englischen Gewerkschaften nicht; denn sonst würde er nicht eine Entwicklung, die der englischen gerade entgegengesetzt ist und die deshalb nicht bloß für die Arbeiter die schwersten Gefahren zeitigen wird, über die aber die Unternehmer vielleicht noch mehr zu klagen haben werden und die den Staat nicht festigen wird, anstreben.

„Wer den Frieden will, bereite den Krieg,“ dieses Wort mag dem Grafen Posadowsky, den Stumm und Konsorten vorschweben, und sie denken dabei an den Frieden für die Unternehmer, an die Ruhe des Kirchhofes für die Arbeiter. Die Schläuen irren aber, sie werden diesen Frieden im Deutschen Reiche nimmermehr schaffen. Bewirklicht man den Plan des Grafen Posadowsky, so bedeutet dies nichts anderes als die äußerste Verschärfung der Klassenkämpfe.

Wir sind die letzten, die diese Entwicklung der Dinge unbedingt zu beklagen hätten.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 17. Januar 1898

Aus dem Reichstage. Der neue Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf Posadowsky, hat auch heute noch nicht sein Gehalt bewilligt erhalten. Sein vom „Vorwärts“ veröffentlichter geheimer Erlaß gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter hat ihm diese Wartezeit verschafft. Der Erlaß stand auch heute noch im Mittelpunkt der ganzen Debatte, ja eigentlich wurde über nichts Anderes geredet als über den Erlaß. Herr v. Kardorff nur gab seiner Rede einen weiteren Rahmen, er fand den Erlaß natürlich ganz in der Ordnung, er findet auch ein neues Sozialistengesetz ganz in der Ordnung und würde auch eine gänzliche Beseitigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ganz in der Ordnung finden. In das gleiche Horn stieß Herr Stamm (M.), dieser Vertreter des

kräftigsten Unternehmertums und Graf von Stolberg Namens der Konservativen. Gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes sprachen die Vertreter der beiden freisinnigen Gruppen, die Abg. Dr. Schneider und Dr. Bachnick, welcher letzterer bei dieser Gelegenheit den von seiner Gruppe schon als Initiativantrag gestellten Antrag auf Beseitigung der gegenwärtig noch bestehenden Beschränkungen der Koalitionsfreiheit einbrachte. Provokiert durch die gestrige Rede Singers legte auch Abgeordneter Lieber Namens des Zentrums seine Ansichten über die beregte Frage nieder. Er that es in der bekannten Weise. Er suchte dem Grafen Posadowsky den Pelz zu waschen ohne ihn naß zu machen. Immerhin ließ er durchblicken, daß das Zentrum mit dem Erlasse nicht ganz einverstanden sei und wie im Jahre 1891 auch jetzt noch gegen eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit stimmen werde. Genosse Legien vertrat schließlich noch den Standpunkt unserer Partei. Er sprach ruhig und sachlich, ohne trocken und langweilig zu werden. Er, der genaue Kenner des Gewerkschaftswesens legte überzeugend die Vorzüge der Gewerkschaften dar. Seine Rede gipfelte in dem Ausspruch, daß der beste Schutz gegen die beklagten Ausschreitungen, die Heranziehung der Arbeiter zu den Organisationen sei. Wer die Gewerkschaften drangaliere, sei mithin für die Ausschreitungen der Arbeiter verantwortlich. — Am morgigen Schwerinstag wird die Verathung des Zentrumsantrags (Lex Heinze) fortgesetzt.

19. Sitzung.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Die zweite Verathung des Spezialerlasses des Reichsamts des Inneren wird fortgesetzt.

v. Kardorff (SP.): Wie weit in die liberalen Parteien hinein, nicht etwa nur in den konservativen Parteien ist man der Ansicht, daß wir bringen eines Schusses der arbeitwilligen Arbeiter bei Streiks bedürfen, was nicht nötig war, als das Sozialengesetz bestand. Da aber in weiten Kreisen des Volkes eine solche Bestimmung besteht, so war die Regierung einfach verpflichtet, Erhebungen anzustellen. Sie hätte diese Absicht keineswegs geheim zu halten brauchen, dann hätte die Veröffentlichung durch die Regierung selbst weit größeren Eindruck im Lande gemacht. — Die Sozialdemokraten führen immer eine fast übermäßige Sprache, daß die nächsten Wahlen ihnen einen großen Stimmenzuwachs bringen würden. Daran hat aber das Fortfallen des Sozialengesetzes Schuld, ferner freilich auch der sozialistische Kurs der Regierung zu Zeiten des Ministers v. Berlepsch, und drittens der schwere Niedergang der Landwirtschaft. Trotz alledem halte ich die Gefahr, die uns von der Sozialdemokratie droht, für nicht so bedeutend. Wir dürfen sie nur nicht so behandeln wie alle anderen Parteien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehen. Das Christenthum, das stark genug war, das alte Heidenthum nieder zu werfen, wird auch stark genug sein, das neue Heidenthum zu überwinden. (Beifall rechts.)

Frhr. v. Bülow: Es ist ein Antrag vom Abg. Bachnick eingeleitet, der die Vorlage eines Gesetzes fordert, welches die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt. Besonders sollen Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sein, welche die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Höhe der Löhne oder Änderungen in der Gesetzgebung herbeiführen wollen, ferner soll es solchen Vereinen gestattet sein, miteinander in Verbindung zu treten und drittens sollen die zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereine Rechtsfähigkeit erhalten.

Dr. Lieber (Z.): Es ist zu konstatieren, daß die entscheidenden Freunde der gesetzlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie auch die eingefleischtesten Gegner des Arbeiterschutzes sind. Der Abg. v. Kardorff hat gegen den Arbeiterschutz gestimmt. Als der Abg. Singer uns gestern so stark provozierte, unsere Stellung in der Frage des Erlasses kundzutun, da wurde ich an das alte Wort erinnert: Kein Mensch muß mühen und auch keine politische Partei mühen. Wir sagen hier etwas, wenn wir es für gut und richtig halten, und nicht wenn Andere es wünschen. Der Abg. Singer that so, als ob alle die Schandthaten gegen das Koalitionsrecht bereits beachtet seien, bis jetzt hat es sich aber doch nur um Erhebungen gehandelt. Gewiß halte ich Einzelnes in dem Erlaß für recht bedenklich (Auf Appl.), aber ich denke, wir warten erst einmal die Ergebnisse der Erhebungen ab. Indessen müssen wir zugeben, daß wir nicht einsehen können, was das allgemeine Wahlrecht mit dem Koalitionsrecht zu thun haben soll, welche beiden Institutionen Graf Posadowsky in Verbindung miteinander gebracht hat. Der Geist, der aus den Worten des Erlasses spricht, läßt allerdings darauf schließen, daß eine Beschränkung des Koalitionsrechtes beabsichtigt ist. Was den Terrorismus der Arbeiter gegen die Arbeitwilligen anlangt, so müssen wir uns unsere Stellungnahme bis zur Vorlegung der Resultate der Erhebungen vorbehalten. Wir halten eine unbedingte Parität gegen Arbeitgeber und Arbeiter für absolut notwendig. (Bravo! im Centrum.) Unsere Stellung ist seit dem April 1891, als wir die Abänderungen des § 153 ablehnten, bekannt. Wir werden jeder Einmünderung der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten, wenn wir auch zusehen werden, wie man dem Terrorismus gegen Arbeitwillige entgegenzutreten kann. Der beste Schutz gegen den Kontraktbruch liegt in den Arbeiterorganisationen. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben kein Recht auf uns mit Steinen zu werfen. Ihre politischen Freunde sind ja Lobtänzer der christlichen Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wer treibt den meisten Mißbrauch mit der Koalition, die Gewerkschaften oder die sogenannten Wilden? (Beifall im Centrum.)

Ojan (NL): Ich finde, daß der Erlaß des Grafen Posadowsky etwas ganz Natürliches ist; das Interesse der Arbeiter kann doch nicht allein entscheidend sein. Auch die Geheimhaltung betrachte ich als durchaus selbstverständlich, keine anständige Zeitung dürfte einen solchen vertraulichen Erlaß publiciren. Das gewaltsame Vorgehen der Sozialdemokraten zwingt bei Streiks auch die ruhigen Leute, denselben Weg der Gewalt wie sie selber zu gehen. Die Koalitionsfreiheit wollen wir aufrechterhalten, aber ihre Ausschreitungen wollen wir bekämpfen.

Dr. Bachnick (freis. Vereinig.): Auf den Erlaß des Grafen Posadowsky haben wir einen Antrag eingebracht, der die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit aufheben soll. Es ist Gefahr vorhanden, daß unter dem Vorwande der Bekämpfung von Ausschreitungen die Arbeiter des Rechts beraubt würden, von der Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen. Der Herr Staatssekretär will zwar nicht die Polizei zum Schutz der Arbeiter, wohl aber, wenn es gegen die Arbeiter geht. Nur wenn dem Arbeiter durch das Recht der Selbsthilfe gesunde Ziele gegeben werden, wird die Entwicklung der Sozialdemokratie vom radikalen Kommunismus zu einer demokratisch-sozialen Partei ungestört und schnell sich vollziehen. Wir hoffen daher, daß sie unsern Antrag annehmen werden. (Beifall links, Lachen rechts.)

Graf Stolberg (K.): Ich glaube, daß wir die Zeit unnütz vergeuden (Heiterkeit und Widerspruch). Bei dem Erlaß handelt es sich ja nur um eine Umfrage, wozu also die Debatte. Der Antrag Bachnick ist kein Mittel gegen die Sozialdemokratie; es haben ihn ja Sozialdemokraten mit unterschrieben.

Dr. Schneider (SP) spricht ausführlich über die Fabrikinspektion und wünscht, daß ihre ausführlichen Berichte den Wit zuweilen des Reichstages zugänglich gemacht werden sollen. An Stelle des Wasser-Inspektors hätte man wohl besser eine Konferenz der Fabrikinspektoren über diese Frage hören müssen. Das Koalitionsrecht muß ausgedehnt werden. Auch Frauen sollen an politischen Vereinen theilnehmen dürfen. Durch derartige Maßnahmen wird ein weiteres Wachstum der Sozialdemokratie nicht verhindert, die ja nur der berechtigten Unzufriedenheit ihr Dasein verdankt. Berechtigt gegen den Arbeiter ist die sicherste Politik. (Bravo! links.)

Legien (SD): Ich glaube gern, daß der Abg. Graf Stolberg die Erörterung des Posadowsky'schen Antrags für überflüssig erachtet. Er und seine Partei ist ja von vornherein bereit, die Regierung bei jeder Maßnahme auf diesem Gebiete zu unterstützen. Und ist der Erlaß aber bedeutungsvoll; wir glauben, daß gar nicht genug Protest dagegen erhoben werden kann. Den Herren der Rechten ist es natürlich nichts Besonderes; Herr von Kardorff wanderte sich nur, daß ihn die Regierung als vertraulich bezeichnet hat. Sie weiß genau, daß, wenn der Erlaß vor der Zeit bekannt wird, ein Sturm der Enttäuschung unter der nicht reaktionär gesinnten Bevölkerung ausbrechen muß, der sie an der Ausführung ihrer Absichten laßt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr von Kardorff hat dann weiter behauptet, die Sozialdemokraten sei gewachsen, weil das Sozialengesetz aufgehoben wäre. Nun, im Jahre 1879 hatten wir 352,000 Stimmen, im Jahre 1890, noch unter dem Sozialengesetz, aber 1,427,000 Stimmen. Ich weiß nicht, wie diesen feststehenden Thatsachen gegenüber Herr von Kardorff seine Behauptung aufrecht erhalten will. Wir sind überzeugt, daß auch ein neues Sozialengesetz die Zahl unserer Anhänger nur vermehren würde; dessen können Sie sicher sein. Als weiteren Grund für die Ausbreitung der Sozialdemokratie nannte Abg. v. Kardorff die Nothlage der Landwirtschaft. Ich wundere mich nur, daß er nicht auch die Goldwährung dafür verantwortlich gemacht hat. (Heiterkeit links.) Er hat es vermuthlich nur vergessen. Der Abg. Lieber meinte, das Zentrum sei überhaupt nicht geneigt, zu dem Erlaß Stellung zu nehmen. Er hat allerdings Recht; kein Mensch muß mühen. Wenn die Herren vom Zentrum über den Erlaß nicht reden wollen, so mögen sie es eben lassen. Die Arbeiterkreise, die ihnen noch anhängen, werden freilich darüber anderer Meinung sein; ihr Uebertritt zur Sozialdemokratie wird so wie so kommen, aber diese Entwicklung würde noch schneller verlaufen, als das Zentrum es wünscht, wenn es bei dieser Gelegenheit geschwiegen hätte. Der Abg. Lieber hat aber gerade; freilich, eine bestimmte Erklärung hat er nicht abgegeben; seine Ausführungen haben die Sache sehr im Dunkeln gelassen. Der Hinweis auf die Haltung des Zentrums 1891 ist keine Garantie für das, was im Jahre 1899 geschehen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Lieber hat den Erlaß als harmlos bezeichnet, weil es sich nur um Erhebungen handelt. Für so harmlos betrachten wir ihn nicht. Die Regierung weiß schon, was sie will. Daß sie das Koalitionsrecht beschneiden will, steht fest; sie braucht nur ein Dekretationsstück, um diese Absicht vor der Öffentlichkeit zu bemängeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu braucht sie die Erhebung und deshalb begreifen wir die Durchkreuzung dieser Absicht durch die Publikation mit Freuden. Gewiß, die auf dem Papier stehende Koalitionsfreiheit wird Graf Posadowsky den Arbeitern auch in Zukunft lassen. Die Vernichtung der Gewerkschaften soll aber auf einem Hinterwege erreicht werden. Sie werden die Arbeiterorganisationen so drangalieren, daß ihnen die Arbeiter aus Furcht nicht beitreten. Auf der einen Seite die Unternehmer, die die Zugehörigkeit zu einer Organisation durch Entlassung andern, auf der anderen Seite die Regierungsgewalt mit ihren Strafbestimmungen: so soll den Arbeitern das bündige Koalitionsrecht geraubt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben ja selber gesagt, Graf Posadowsky: Wir haben die Macht und werden sie rücksichtslos anwenden. Was thun Sie jetzt dem Arbeiter? Ob Sie damit freilich Vertreter des Christenthums sind, das da lehrt „Liebet Eure Nächsten und liebet Eure Feinde“, ist eine ganze andere Frage. Wie steht es denn aber mit den angeblichen Ausschreitungen? Herr von Stumm hatte wieder einmal sein Material nicht bei sich. Schade, es wäre doch sehr wünschenswerth, dieses Material einmal kennen zu lernen. Stellen Sie doch die Zahl der Verurtheilten ist ganz verblüffend gering. Die Verurtheilungen sind erfolgt, weil die Leute Kosten gekauften haben, oder weil sie zu Arbeitern gefügt haben: Unsere Achtung habt ihr verloren. Ist das Bestere aber nicht menschlich begreiflich? wenn alte Arbeiter sich lebigen jungen Leuten gegenüber so äußern, die nun ihre lange innegehabten Stellen einnehmen, Leuten gegenüber, die nicht das geringste Verständnis für wirtschaftliche Kämpfe haben. Die Strafen sind oft drakonisch gewesen. In Lübeck ist ein Arbeiter zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er zwei Arbeiter die Arbeitszettel zerriß. Eine Verhärterung der Strafen ist also wahrhaftig nicht notwendig. Darum dreht es sich aber auch nicht bei dem Erlaß, es handelt sich um Vernichtung des Koalitionsrechtes. Aber noch ein Anderes: Ausschreitungen sind da vorgekommen, wo entweder keine Organisationen bestanden oder die Arbeiter der Organisation nicht angehörten. Die Organisation ist das sicherste Mittel, Ausschreitungen zu verhindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Organisation erzieht ihre Mitglieder, sie macht ihnen klar, daß die Streikbrecher nicht aus Missethätigkeit, sondern aus Unwissenheit handeln. Wer also verantwortlich dafür ist, daß die Organisationen der Arbeiter sich nicht ausbreiten können, der ist auch für die Ausschreitungen verantwortlich. (Sehr richtig! links.) Herr v. Posadowsky hat sich dagegen verwahrt, der Kommiss des Unternehmertums zu sein. Der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz richtig, der zutreffende Ausdruck aber ist nicht parlamentarisch. Wer aber dem Unternehmertum Dienste leistet zur Unterdrückung der Arbeiter, der veründigt sich an der Kultur (Lachen rechts), denn die Gewerkschaften sind nicht nur Streikvereine, sie haben auch eine kulturelle Bedeutung. Sie heben durch Herausgabe von Schriften das geistige Niveau der Arbeiter, sie gewähren den Mitgliedern Rechtschutz, zahlen Gemahrgeltern, Arbeitslosen, Reisende, Invalidenunterstützung und geben für alle diese Zwecke jährlich 1 1/2 Millionen Mark aus. Derjenige, der solchen Organisationen an den Krügen geht und sich in den Dienst des Unternehmertums stellt, veründigt sich — ich wiederhole es — an der Kultur, er hindert die Arbeiter daran, eine höhere Kulturstufe zu erreichen. Ist denn eine arbeitwillige Arbeitermasse oder eine denkfähige Masse eine bessere Staatsbürger? Warum hat Graf Posadowsky nicht Material über die Ausschreitungen von Unternehmern und Beamten gegen Arbeiter eingefordert? Er hätte erfahren, wie viele Beamten Arbeiter unter Mißbrauch ihres Amtes drangalieren. Ich erinnere hier nur an den Fall des Bürgermeisters von Staffort, der heute noch in Amt und Würden ist, der durch Androhung polizeilichen Zwanges die Mitglieder der Gewerkschaften einforderte, um sie den Unternehmern zugänglich zu machen. Herr Graf Posadowsky hat sich gefreut so sehr über die Verwendung von Altensünden aufgeregt, dieser Mißbrauch von Altensünden sollte ihm noch mehr zur Entrüstung Anlaß geben. Ich erinnere an den Hirschberger Kreis vorgekommenen Fall, wo Gensdarm, Amtsvorsteher, Landrath sich bemüht haben, einen Arbeiter aus Lohn und Brod zu bringen, bloß weil dieser nicht die amtlich geachtete politische Gesinnung hatte. Wollte Graf Posadowsky diesen Mißbrauch der Beamten einmal festsetzen, er würde sich ein Verdienst um die Wohlfahrt des Volkes erwerben. Graf Posadowsky theilte mit, daß sein Erlaß so ziemlich den Wünschen einer Innung entspräche. Handelt es sich etwa um die Baugewerkschaften? (Graf Posadowsky bejaht.) Dann sollte sich der Herr Staatssekretär doch überlegen, welchen Leuten er die Wünsche erfüllt. Gerade im Baugewerbe werden die Arbeiter am rücksichtslosesten behandelt, an der Organisation verhindert, weil unorganisirte Arbeiter den Bauhandwerkern nicht so

auf die Finger sehen. Graf Posadowsky macht sich also indirekt zum Förderer des Bauhandwerks und aller seiner Begleiterscheinungen. (Lachen rechts Sehr richtig! links.) Mit dem Frhr. v. Stumm über diese Frage zu diskutieren, ist sehr überflüssig. Er ist der Ansicht, daß jede freiere Regelung der Arbeiterschaft rücksichtslos zu unterdrücken ist, ihm ist jeder Streik nichts Anderes als ein Verbrechen und als solches zu bestrafen. Er ist mindestens ein Jahrhundert zu spät geboren. (Heiterkeit.) In der Zeit, wo die Demokratie immer weitere Fortschritte macht, wo die Arbeiterschaft nicht mehr als willkürliche Sklaven allen Anforderungen der Unternehmung folgt, ist eine solche Umschauung nicht mehr am Platze. Ich muß mich nur darüber wundern, daß eine Regierung, die angeblich an der Spitze eines Staates steht, welcher auf dem Gebiete der Kultur vorangeht, solche Ansichten auch zu den ihrigen macht. Daß die englischen Arbeiter die Fabriken im Kollektivbesitz haben, ist leider noch nicht wahr. Aber es wird dahin kommen. So sicher wie der Absolutismus der Konstitution weichen mußte und diese wieder der Republik und Demokratie weichen müssen. Der Fabrikherr wird es sich gefallen lassen müssen, neben sich eine Vertretung der Arbeiterschaft zu haben, die mitzubestimmen hat, und diese konstitutionelle Fabrik wird abgelöst werden von der demokratisch-sozialistischen. Das werden Sie nicht hindern können, auch wenn Sie den Versuch machen, das Koalitionsrecht noch weiter einzuschränken. Sie mögen die itingens drakonischen Maßregeln ergreifen, Sie hindern den Entwicklungsgang nicht, er geht über Ihre Köpfe hinweg. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nun aber hat der Frhr. v. Stumm weiter von dem Terrorismus der Arbeiter gesprochen und von den Ausschreitungen, die bei Streiks vorgekommen wären. Wenn im Hamburger Hafenarbeiterstreik, den er erwähnt, Ausschreitungen vorgekommen wären, so wäre das leicht verständlich, da es sich um Arbeiter handelte, die noch nicht durch die Schule der Organisation gegangen waren. Es ist aber gar nicht einmal der Fall. Weshalb Sie doch, was Herr Professor Thöniß darüber im „Archiv für soziale Gesetzgebung“ gesagt hat! Die Arbeitgeber haben einfach die Streikbrecher mit Revolvern ausgerüstet, um bei jeder Gelegenheit auf die Streikenden zu schießen. Und was waren diese Arbeitwilligen? Gesindel ist nach Hamburg gekommen. (Widerspruch rechts.) Wir haben diese Leute lieber nicht zu überreden versucht, die Arbeit niederzuliegen, die konnten wir den Arbeitgebern ruhig lassen. Und solche Leute hat der Unternehmerverband mit Revolvern ausgerüstet! Wenn Sie also etwas gegen den Terrorismus sagen wollen, dann wenden Sie sich an das Unternehmertum, dessen Interessen Sie vertreten! Ebenso hat man die Streikbrecher bei dem Streik in der Waggonfabrik in Duisburg mit Schlagringen ausgerüstet. Es ist noch nicht vorgekommen, daß Streikende, die organisiert waren, wohl aber, daß Streikbrecher ihre Gegner todtgeschlagen oder gemißhandelt haben. (Widerspruch rechts.) In Lübeck haben die Unternehmer die Streikbrecher mit Revolvern ausgerüstet und einer der Streikbrecher hat dann ganz ohne Ursache in einen Haufen von Streikenden hineingeschossen. Wenn nun Freiherr von Stumm anfängt, daß ein Streikbrecher erschlagen worden ist, so wollen wir doch erst das Resultat der Untersuchung abwarten. Wenn dabei der Unternehmer lange von den Gewerkschaften drangalirt sein soll, so ist das einfach nicht wahr; eine Gewerkschaft hat dort gar nicht vorher bestanden, sobald sie sich im November vorigen Jahres bildete, kam der Unternehmer und verbot den Arbeitern, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Sie haben nicht die geringste Ursache, dem Terrorismus der Arbeiter vorzubeugen. Neben dem die Arbeitgeber nicht Terrorismus aus gegenüber zugehörigen? Haben die Unternehmer nicht außerhalb des Verbandes stehende gezwungen, in den Verband einzutreten? Das ist Terrorismus und gar nichts Anderes, da sollten Sie uns doch ungehorsam lassen! Zum Schluß kann ich bemerken, daß ich auch ausnahmsweise einmal mit dem Frhr. v. Stumm übereinstimme. Er sagte gestern: Er wollte die Arbeiter davor bewahren, daß ihnen von gewissen Vorkämpfern die Groschen aus der Tasche gezogen würden. Das sage ich auch, ich setze nämlich voraus, daß er die heutigen Kapitalisten Deutschlands gemeint hat. (Lachen rechts.) Es wundern mich nur, daß er dann nicht die Staatsgewalt zum Schutze der Arbeiter anruft. Oder ist es nicht so? Meint er etwa anders, die für die Interessen der Arbeiter eintreten? Dann ist es aber doch ganz sonderbar, daß die anwesenden Agitatoren immer noch arm sind. Woher hat denn aber der Freiherr von Stumm seine Willkuren? Hat er sie nicht aus den Knochen der Arbeiter herausgezogen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Reichsregierung hat den Unternehmern bereits so großes Entgegenkommen bewiesen, daß es Zeit wäre, wenn hierin einmal halt gemacht würde. Abg. Lieber hat von dem Terrorismus gegenüber den christlichen Gewerkschaften gesprochen. Ich möchte ihn darauf hinweisen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht danach fragen sollten, welche religiöse oder politische Ueberzeugung jemand hat. Wenn Differenzen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den anderen bestehen, so liegt das daran, daß seitens der Vertreter des Zentrums oder der christl. Gewerksvereine der Versuch gemacht wird, in diese rein ökonomische Bewegung religiöse Momente hineinzutragen. Da wird von der Kanzel herab gegen die sozialen Gewerkschaften gepredigt, da wird systematisch gelehrt, auf daß diese Herren sich sagten: wollen wir eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter erringen, dann darf es keine solchen Unterschiede geben. Statt dessen kommen Sie und gründen Sonderorganisationen. Sie hindern damit die Arbeiterschaft und brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Ihnen nichts zu schaffen haben wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht kommt der Staatssekretär auch einmal zu einer anderen Meinung, ebenso wie der frühere Staatssekretär Herr v. Berlepsch. Wenn man sich fortwährend von dem Unternehmertum in dieser Weise gedrängt sieht, muß man ja schließlich einen Eckel vor diesem Treiben bekommen. Möchte er nur zu einer anderen Ansicht kommen, so lange er noch Minister ist und sie dann frei aussprechen! Dann wird er sich ein größeres Verdienst um die Wohlfahrt des Volkes erwerben, als wenn er sich fortgesetzt von dem Unternehmertum drängen läßt, die Arbeiterschaft zu drangalieren. (Beifall bei den Soz.)

Die Weiterverathung wird hierauf vertagt.
v. Stumm zur persönlichen Bemerkung: Ich verleihe unter Blutjungern nicht die Kapitalisten, die zum Wohle der Arbeiter die Fabriken leiten, sondern die Personen, die den Arbeitern die Groschen aus der Tasche ziehen und die höchstodirten Stellen in der Sozialdemokratie belegen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 19. Januar, 2 Uhr.
Tagesordnung: Schwerinstag, Zentrumsantrag, die sog. Lex Heinze; Antrag Paasche und Genossen auf Besteuerung des Saccharins und anderer künstlicher Süßstoffe.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus Ostpreußen wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Der Kampf bei den nächsten Reichstagswahlen wird hier bei uns im äußersten Osten mit großer Erbitterung geführt werden. Wie eigentlich selbstverständlich, sind unsere Genossen schon seit längerer Zeit bemüht, soviel wie möglich agitatorisch zu wirken. Da von der Abhaltung von Versammlungen gar keine Rede sein kann, weil kein Wirth sein Lokal dazu hergeben darf, müssen sich unsere Genossen gewissermaßen auf Kleinarbeit beschränken. Dieselbe wird in der Art vorgenommen, daß entweder ein paar Genossen gelegentlich Zeitungen und Flugchriften

In einigen Orten verbreiten oder Agitationsmaterial an vorher beschaffte Adressen unter Kreuzband gesandt wird. Diese stille Art der Agitation hat die größte Wuth bei den Konservativen, die in unseren Landkreisen allein in Frage kommen, hervorgerufen. Als der Landrath des Kreises Gerdaun-Friedland-Mastenburg davon Wind erhielt, daß in seinem Kreis eine derartige Agitation entfaltet wird, erließ er im Kreisblatt eine große Bekanntmachung, daß ihm sofort von jeder sozialdemokratischen Agitation Mittheilung zu machen sei. Kreisblätter und das Hauptorgan der Agrarier in Ostpreußen, die „Ostpreussische Zeitung“ in Königsberg, brachten geharnischte Artikel, in denen die „stille sozialdemokratische Wühlerei“ aufs Schärfste angegriffen wurde. Zahlreiche Exemplare der „Königsberger Volkstribüne“, in denen auf die gegnerischen Angriffe kräftig geantwortet wurde, gelangten darauf wieder zur Verfehlung. Besonders empört sind unsere Gegner darüber, daß einzelne Rittergutsbesitzer Sozialdemokraten geworden sind. Dieselben bezahlen und behandeln ihre Arbeiter selbstverständlich in anständiger Weise. Die Folge davon ist, daß in ziemlichem Umkreis von deren Gütern die übrigen Arbeiter sich auf unsere Genossen berufen, wenn sie bessere Bezahlung und Behandlung fordern. Mehrere dieser Großgrundbesitzer werden bei der kommenden Wahl in dem Kreis kandidiren, wo sie ihren Wohnsitz haben. Im Kreise Gerdaun-Friedland-Mastenburg ließ sich in Folge eifrigen Redens der Genossen Rittergutsbesitzer Braun auf Mehleben dazu bewegen. Von seiten der Gegner wird nun alles versucht, ihm die Kandidatur, die sie fürchten, zu verleiden. In dem Landrathorgane wird er in der gemeinsten Weise beschimpft und verhöhnt. Ferner sucht man die Landarbeiter in der demagogischsten Art gegen ihn aufzuhetzen. Denselben wird erklärt, daß bis zur Wahl ihr Kandidat mit ihnen sein Gut und sein Vermögen getheilt haben müsse, wenn er wirklich Sozialdemokrat sein wolle; er müsse mindestens dafür sorgen, daß jeder seiner Arbeiter ein solches Einkommen und eben solche bequeme Wohnung besitzt wie er selbst. Dem Gutsbesitzer wird klar gemacht, daß ein abtrünniger Standesgenosse „die tiefste Verachtung jedes anständigen Menschen“ verdient. Den Königsberger „grünen Jungen“ und „Zagebieben“ kündigt das Landrathblatt an, daß sie wie bei der letzten Wahl Prügel bekommen werden, wenn sie sich bei der kommenden Wahl auf dem Lande sehen lassen. Der bevorstehende Wahlkampf wird also an unsere Genossen große Anforderungen stellen. Dieselben sind aber guten Muths, denn schon jetzt sind verschiedene Anzeichen bemerkbar, daß die Arbeit nicht unnütz gethan wird.

Zum vertraulichen Erlaß des Grafen v. Bosadowsky wird der Reichstag nicht bloß in den eingehenden Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern, die bisher bloß diesen Gegenstand behandelten, Stellung zu nehmen haben, sondern auch in einer Abstimmung über eine von dem Abgeordneten Pachnicke (Freis. Vg.) gestellte Resolution zum Titel Gehalt des Staatssekretärs für das Reichamt des Innern. Dieselbe lautet:

Der Reichstag wolle beschließen:
die veränderten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere

- a) den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung dahin abändert, daß Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im Allgemeinen betreffen, oder darauf gerichtet sind, Veränderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen;
- b) den im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten;
- c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen begründeten Vereinen Rechtsfähigkeit verleiht, wenn sie den §§ 55 bis 90 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen.

Der Antrag wird unterstützt durch die Abgeordneten: Auer (Soz.); Dr. Barth; Benoit; Fischer (Soz.); Frese; Gaulke; Gerlich (Soz.); Geyer (Soz.); Dr. G o e r z; Langerfeld; Lorenzen; Meister (Soz.); Müttich; Maager; Wolfenbuhr (Soz.); Reishaus (Soz.); Rickert; Schmidt (Berlin V, Soz.); Schröder; Thomßen.

Hoffentlich wird die Zusammensetzung der Hauses eine namentliche Abstimmung ermöglichen damit die Unternehmerröche und Arbeiterfeinde Jedermann im Lande bekannt werden.

Italien.

Der Aufstand von Palermo. Dieser Tage ist in der Stadt Palermo auf Sizilien in großartiger Weise der Aufstand vom Januar 1848 gefeiert worden. Durch diesen Aufstand wurde 1848 der Zug der Revolution durch Europa eingeleitet. Durch das ganze italienische Volk, das damals in die verschiedensten Fürstenthümer zerrissen und in niederträchtigster Weise unterjocht und ausgepreßt wurde, ging damals ein mächtiger Zug nach Freiheit und Einheit. Auch von dem Beherrscher des Kirchenstaats, dem eben mit der päpstlichen Krone geschmückten Pius IX. — der später das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes erfand —, schien diesen liberalen Ideen Sympathie entgegengebracht zu werden, was in dem gut katholischen Volke die Unzufriedenheit mit den herrschenden Mißständen noch verstärkte.

Speziell das sizilianische und neapolitanische Volk feuerte unter der nichtswürdigen tyrannischen Fremdherrschaft des Königs Ferdinand II. aus dem Hause Bourbon. Mehrere Aufstände in Calabrien, Messina zc.

waren niedergeschlagen worden, und das blutdürstige königliche Regiment feierte Orgien der Rache. Wie damals gehaßt wurde, das schilbert Francesco Crispi — der damalige Revolutionär und Verschwörer, spätere Minister und Sozialistenvernichter — in einem 1852 erschienenen Buche u. A. folgendermaßen:

„In der Citadelle von Messina und in anderen Festungen hatte man geheime Kerker gebaut, in denen der Gefangene mit den Füßen im Wasser und mit der niederen Decke wegen vornüber gebeugtem Körper geradezu langsam verfaulen und fürchterliche Qualen erdulden mußte. In Pantelleria, Favignana und anderen Inseln steckte man die Gefangenen in eigens in die Erde gegrabene Löcher, in die niemals ein Sonnenstrahl drang, und wo die unglücklichen in Kälte und Feuchtigkeit und umgeben von ekelhaftem Wechler, elend zu Grunde gehen mußten. Und in diesen von den Tyrannen bevölkerten Gräben hausten politische Verurtheilte mit Ketten an Händen und Füßen, zuweilen (wenn sie Glück hatten!), mit etwas faulem Stroh als Lager, mit drei oder vier Unzen Brot und einem Glas Wasser als täglicher Nahrung. Selbst für leichte Vergehen ward die Todesstrafe angewandt und auch sie genügte den Tyrannen nicht immer. Die Verbrecher wurden oft am Schweiß eines Pferdes zu Tode geschleift, oft mit giftigen Hängen gewickelt und dann vom Dach eines hohen Gebäudes hinabgeschleudert. Selbst die Reichen wurden nicht geschont und die vom Kumpf getreuten, blutigen Stieber wurden an den Stadthöfen und an Bäumen auf dem Felde aufgehängt.“

Diese Schreckensherrschaft in Verbindung mit der unter dem Volke grassirenden Noth trieben das Volk zum Aufstand. Dieser brach am 12. Januar, dem Geburtstag des Königs, aus. Doch kam es zuerst, da er in keiner Weise planmäßig vorbereitet war, anfangs zu keinen größeren Geschehnissen, — nur daß die damals 180 000 Einwohner zählende Stadt aus den umliegenden Forts von den Regierungstruppen stark beschossen wurde. Heute, am 16. Januar vor 50 Jahren, es war ebenfalls ein Sonntag, schiffte eine nach Palermo gesandte königliche Kriegsslotte 5000 gut bewaffnete Mannschaften aus, und nun brach bald ein Kampf auf Leben und Tod aus, bei dem das Volk siegreich blieb und die Verbindung des gelandeten Heeres mit der in der stark besetzten Burg stehenden Garnison verhindert wurde. Der Kampf tobte noch bis gegen Ende Januar, bis das Militär zum gänzlichen Rückzug gezwungen wurde und der Aufstand auch in anderen sizilianischen Städten siegreich blieb. Später wurde das Volk von der königlichen Macht durch gebungene Schweizer ja wieder überwältigt.

Wie rein der Volksaufstand in seinen Motiven war, beweist die Haltung des Volkes nach dem Siege. Als die königliche Burg erobert war, wurde die Pracht der Spiegel und Kronleuchter zerschlagen; die Gemälde wurden geschont, edle Metalle und Papiergeld brachten halbnackte Leute dem Revolutionskomitee. Nur Sbirren (Spigel) wurden getödtet. Ein damals in Palermo lebender Deutscher schreibt: Das Volk ist seinen Führern gehorsam und fügsam über alle Erwartung und erlaubt sich keine Exzesse und Brutalitäten. Auch die Kapitäne der im Hafen liegenden englischen Schiffe geben den Aufständischen das Zeugniß, „daß das Eigenthum strupulös respectirt“ und nur an Sbirren Mordthaten verübt wurden, obgleich durch Entdeckung von Folterwerkzeugen und Skeletten in unterirdischen Gemächern die Wuth des Volkes aufgestachelt wurde. Nur gebettelt wurde viel, denn das Volk hungerte; trotzdem wurden jedoch die Eingänge des eroberten Finanzpalastes von den revolutionären Bürgern vermauert, um ihn zu schützen.

Dänemark.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark 1897. Man schreibt dem „Vorwärts“:

„Das letzte Jahr war auch für die dänischen Arbeiter ein Kampfsjahr. Kapital und Arbeit standen sich in wichtigen Prinzipienfragen gegenüber. So kämpften die Schneider für Abschaffung der Hausarbeit, und die Maschinenbauer hatten einen langen schweren Kampf mit den Unternehmern um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisationen über die Arbeitsverhältnisse. Dazu kamen zahlreiche kleinere Streiks und Aussperrungen um Lohnfragen, Vereinsrecht, Alfordlöbne usw. Aber es ist auch ein Jahr gewesen, das von der wachsenden Kraft, Festigkeit und Besonnenheit der Organisationen Zeugniß ablegt. Mehrfach sind Streitigkeiten vor Schiedsgerichte gekommen und in keinem Falle ist die Existenzberechtigung und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisationen bestritten worden. Der erste Kampf des Jahres war der Hafenarbeiterstreik in Aarhus (500 Arbeiter) in dem es den Unternehmern gelang, Landarbeiter heranzuziehen. Sie verweigerten auch die Anerkennung des Schiedsgerichtspruchs. Am 16. März begann die große Maschinenarbeiter-Aussperrung, welche Anfangs 600 bis 700, schließlich aber 1100 bis 1200 Arbeiter umfaßte. Sie entstand, weil die Fabrikanten die Anerkennung einseitig aufgestellter Fabrikregeln und Annahme einer Lohnherabsetzung in Aalborg verlangten. Sie dauerte bis zum 1. April und wurde durch Schiedsgericht entschieden. Dann folgte der große Kopenhagener Schneiderstreik, an dem etwa 800 Arbeiter theilhaftig waren. Er endigte am letzten Mai, also nach 8 Wochen, leider nicht mit der Abschaffung der Heimarbeit. Im Frühling bewies ein Streik der Maschinenfrickerrinnen, daß auch bei den Frauen das Verständniß für gewerkschaftliche Organisation entwickelt ist; derselbe endete auch mit dem Siege der Arbeiterinnen. Siegreich endigten ferner ein Streik der Pferdebahn-Funktionäre, einer im Stuckateursfach, sowie mehrere bei einzelnen Firmen. — Im Juni begann als eine Fortsetzung der Maschinenarbeiter-Aussperrung die große Aussperrung aller Eisen-Industrie-Arbeiter. Die Arbeitgeber hatten gewisse Punkte des früheren Schiedsgerichts-Urtheils nicht erfüllt und namentlich abermals die Anerkennung der Werkstattregeln ver-

langt, und, als diese verweigert wurde, die Aussperrung verhängt. Sie umfaßte Mitte Juli 5000 Arbeiter (was etwa 20000 brodbroße Personen bedeutet). Lange stellten die Arbeitgeber unerfüllbare Bedingungen und lehten Vermittlungen ab, aber schließlich wurden sie doch mürbe und am 13. Septbr. konnte nach einem Schiedsgerichts-spruch die Arbeit wieder aufgenommen werden. Das Vereins- und Organisationsrecht der Arbeiter wurde voll anerkannt. Die Aussperrung hat den Arbeitern etwa 350 000 Kronen gekostet; aber da sie in den Hauptpunkten mit dem Siege endigte, muß das Opfer als nicht zu groß bezeichnet werden; denn dieser Sieg wird auf lange Zeit alle ähnlichen Veruche der Arbeitgeber fernhalten. Auch ein Landarbeiterstreik kam in diesem Jahre vor. Auf dem Kongress im Juli in Stockholm wurden vorbereitenden Schritte für einen innigeren Zusammenschluß der skandinavischen Arbeitervereinigungen angebahnt.

Lübeck und Nachbargebiete.

19. Januar.
Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübeds die Sperre verhängt.
Das Streikomitee.
S. N.:

R. Schenk, Lederstraße 3.
Leben wir in einer freien Stadt? Bekanntlich soll am 26. Juni d. Js. hier selbst das Kreisturnfest des dritten Kreises des Arbeiter-Turner-Bundes stattfinden. Der Festausschuß wandte sich dieserhalb an den Senat mit der Bitte um Ueberlassung eines in beigefügter Zeichnung kenntlich gemachten Platzes auf dem Burgfelde, dem St. Gertrud-Kirchhof gegenüber. Auf dieses Gesuch ist nachstehender Bescheid ergangen, über den gewiß mancher den Kopf schütteln wird:

Der Senat
der freien und Hansestadt Lübed.

Auf das Gesuch des Festausschusses des Kreisturnfestes des III. Kreises (Arbeiter-Turner-Bund), gezeichnet Carl Wessel, Weberstraße 3, vom 4. Januar d. Js. auf Ueberlassung des Burgfeldes dem St. Gertrud-Kirchhof gegenüber zur Abhaltung eines Schauturnens am 26. Juni d. Js. ertheilt der Senat hiermit zum Bescheide, daß er demselben statt zu geben sich nicht veranlaßt sieht, mit Rücksicht darauf, daß erst im letztverfloffenen Jahre hierorts ein Kreisturnfest gefeiert ist und im kommenden Sommer ein allgemeines deutsches Turnerfest in Hamburg veranstaltet werden soll, überdies auch der in Frage kommende öffentliche Platz für das gleich nachher im Monat Juli abzuhaltende allgemeine Scheibenschießen bereits als Festort bewilligt worden ist.

Beschlossen Lübed, in der Versammlung des Senates, am 16. Januar 1898.

gez. Dasse, Dr.
Staatsarchivar.

An
den Festausschuß des Kreisturnfestes
des III. Kreises. (Arbeiter-Turner-Bund.)
No. 125.

Das haben wir nicht für möglich gehalten. Wir haben uns bisher einer wohlwollenden Berücksichtigung unserer Wünsche bei Abhaltung von Festen u. s. w. zu erfreuen gehabt und können ohne Ueberhebung behaupten, daß wir das in uns gesetzte Vertrauen, was ruhige Haltung und würdige Gestaltung anlangt, in höchstem Maße rechtfertigten. Umso mehr muß es bestreben, daß den aus allen Gauen Norddeutschlands nach Lübed trachtenden Arbeiter-Turnern nicht gestattet wird, für ein paar Stunden das unbenutzt daliegende Burgfeld zu beleben. Was geht uns da das vorjährige Turnfest an, das von bürgerlichen, den „besseren“ Schichten entsprossenen Turnern veranstaltet war, und das allerdings den Wunsch nach einer zweiten Auflage nicht wohl aufgenommen läßt? Der Senat kann unbesorgt sein: derartig wüste Szenen, derartige Unflätigkeiten, derartiger grober Unfug würden von den turntrohen Arbeitern nimmer verübt werden. Die sind viel zu gesittet und gut diszipliniert! Und was geht uns das nächste Turnfest in Hamburg an, das vermuthlich auch von jener Seite arrangirt und einen ähnlich unerfreulichen Verlauf nehmen wird? Deswegen riskirt kein Arbeiter einen Schritt. Und was kümmert uns das Scheibenschießen, welches erst im Juli stattfindet? Dem wird das Turnen keinerlei Abbruch thun. Wohl aber werden die Arbeiter draußen im Lande stußig werden und sich besinnen, ob sie das bisher im Ruhe guter Gastfreundschaft stehende Lübed auffuchen werden, nachdem ihnen ein so sonderbarer Bescheid geworden ist. Die Antwort ist nun einmal in feierlicher Weise ertheilt worden, und die Turner werden sehen müssen, wie sie sich behelfen; das aber können wir sagen: die Arbeiterschaft macht sich ihre eigenen Gedanken und bricht mit gewissen Illusionen, die noch in einigen Köpfen spuken. Solche Blitze aus heiterem Himmel verfehlen selten ihre Wirkung!

Existirt in Lübed persönliche Freiheit?? Bekanntlich ist gegen den Assistenzarzt am hiesigen Irrenhause, Herrn Dr. Wien, eine Untersuchung eingeleitet worden, weil er für das Wärterpersonal bestimmte Neujahrskarten diesen nicht ausgehändigt, sondern zerrissen hat. Man sollte nun meinen, daß wegen dieser unbegreiflichen Eigenmächtigkeit auch im Disziplinarwege gegen den noch nicht lange der alma mater entwachsenen Herrn eingeschritten wäre. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sei, wohl aber ist man gegen die Urheber des Strafverfahrens vorgegangen und hat sie — wegen Vergehens gegen einen vermuthlich den „Instanzenweg“ vorschreibenden § 38 der Dienstanweisung für Wärter — auf der Stelle entlassen. Es sind davon 4 Personen betroffen, von denen einer das Schriftstück besorgt, drei dasselbe unterschrieben

haben. Durch Vermittlung des R. A. Weyrowitz beabsichtigten nun die Betreffenden gegen die Irrenhausverwaltung klagbar zu werden, die Vorsteherchaft hat jedoch sich zu einer gütlichen Einigung verstanden, nach welcher Jeder 40 Mk. erhalten soll. Acipiert ist dieser Betrag noch nicht, da das Genugthun, welches sie ausgeübt erhielten, den Entlassenen nicht genügt und sie ein vollständigeres beanspruchen. Wir müssen gestehen, daß dieses Verfahren uns mehr als eigenartig erscheint! Also ohne Weiteres hat man die Leute aus Lohn und Brot gejagt, weil sie sich strafrechtlich zu verfolgende Handlungen eines Vorgefekten nicht gefallen ließen, sondern die jedem Staatsbürger gebührende Hilfe des Gerichtes gegen ihn in Anspruch nahmen? Wir glauben nicht, daß Stimmen laut werden, die dies bejahen, wir glauben vielmehr, daß sich Jeder mann sagen wird: die 160 Mk. Steuergrößen, die hier ohne triftigen Grund veranlagt werden, hätte man sparen können, und es wäre besser gewesen, man hätte Herrn Dr. Wien einmal klargemacht, daß auch für „Untergebene“ gewisse Rechte existieren! Wohin soll es führen, wenn man auf diese Weise Arbeiter und Beamte des Staates zu Bürger zweiten Grades macht? Denn nicht mehr und nicht weniger bedeutet die Entlassung wegen des lächerlichen § 38. Hoffentlich findet sich auch in der Bürgerchaft Jemand, der hier einmal zum mindesten eine „bescheidene Anfrage“ riskirt. Uebrigens wird behauptet, daß einzelne Karten durchaus harmloser Natur waren.

Der schlaue Staat. Herr J. H. schreibt höchst geistreich über eine am Montag stattgehabte Refognoscierungstour ehrlicher Herren nach Schlutup in Sachen Bahnbau: „Mit unserm Staat ist in den letzten Jahren eine merkliche Veränderung vorgegangen. Früher ließ er sich die besten Bissen vor der Nase wegschnappen, siehe die Häuser am Burghöringel, jetzt ist er auf dem Posten. (???) Die Seebadanstalt Travemünde wird angekauft. Das Dorf Herrewijk wird angekauft, und der Bürger kommt aus einer Ueberraschung in die andere! Ein neuer Geist scheint in unserm alten Rathssaal eingezogen zu sein. Und, ich meine, er kommt gerade zur rechten Zeit. Lübeck ist eine werdende Großstadt, ihr bringt das neue Jahrhundert eine neue Wasserstraße, die ihr trotz Hamburg und Nordsee-Kanal auch neuen wirtschaftlichen Aufschwung bringen soll. Da ist es eine glückliche Fügung, daß der Rath der Stadt sich verjüngt hat, daß vorwärtstreibende Kräfte sich zugesellen zu den alten Herren, die über die schnelle That das Wägen und Prüfen setzten. Ich glaube, die jetzige Mischung ist gut. Manchmal geht's mit freilich immer noch viel zu langsam, so bei der Kirchhofs- und Begräbnisordnung, den Erleichterungen im Erwerb des Bürgerrechts, der Verbreiterung der Hofstettkasse, der Schottiner Schulangelegenheit, den Schulstufen auf dem Lande etc. Wärdte auch hier endlich etwas geschehen! Wir kommen grade bei der Herrenfähre vorbei; auch so ein Stück Mittelalter, das schlecht hineinpaßt in die Zeit, die im Zeichen des Verkehrs steht. Wie viel Neugier und Unwillen mag hier an schönen Sommer-tagen schon zum Ausdruck gekommen sein!“

Der Schreiber ist ein Mann, welcher in einem Athem Gott! und Hül! sagen kann. Also der Staat ist auf dem Posten? hm, hm! Er läßt sich die besten Bissen nicht mehr vor der Nase wegschnappen? hm, hm! Hat der edle J. H. noch immer keine Ahnung von der von ihm erwähnten Verbreiterung der Hofstettkasse? Es nimmt sich doch gar zu schlecht aus, wenn der Fuchs über saure Trauben schimpft.

Die Staatslotterie ist, Abfängergerichten zufolge, dem Konfortium für die glückliche Hamburger Einrichtung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling
für meine Bäckerei
W. Wilken, Engelwisch 21.

Gesucht ein Schlachterlehrling
zu sofort oder zu Ostern. Offerten unter Schl an die Exped. d. Bl. erbitten.

Haus mit 2 Wohn. von 2 resp. 3 Zimm., Küche, Keller, Boden, Hof mit Stall u. s. w. zu verkaufen. Ford. 5000 Mk., Aug. 6 bis 800 Mk. **Johs. Fischborn**, Fleischhauerstr. 46.

Diesigen Personen, welche am 18. Januar in der Auction des Herrn Peterlen, Kl. Altesfähre, zugegen waren, als dessen Frau mit auf die Bafen bot, werden ersucht, ihre werthen Adresse Esfen-grube 12, 1. Et., abzugeben

Der junge Mann, welcher am Sonnabend im Barbier-Geschäft Hofstettkasse 13 seinen Hut vertauscht hat, wird höflich ersucht, denselben dortselbst wieder umzutauschen

Geld-Angebot.
Mk. 2000 sind als sicherer Pfandposten zu belegen. Off. u. G S an die Exped. d. Bl.

Die beste Hofbutter, per Pfd. nur 1 Mk., frische holländische Bannerbutter, p. Pfd. 85 und 90 Pfg., prima hiesiges Eßschmalz, per Pfd. 50 Pfg.

empfehlen
Carl Ohlert, Krügerstraße 123.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Volkslexikon
Nachschlagebuch für sämtliche Wissenszweige mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik, nebst Generalregister.
Unter Mitwirkung von Fachschriftstellern herausgegeben von
Emanuel Wurm.

nämlich der Norddeutschen Bank und den Bankhäusern L. Behrens u. Schöne und Hauby, Hinrichsen u. Co. übertragen.

Lübeck-Büchener Bahn elektrisch? Das diese Frage behandelnde Gerücht wird dementirt. Eine diesbezügliche Änderung steht angeblich weder bevor, noch wird sie beabsichtigt. Das glauben wir gerne.

An der Flottendemonstration zu Berlin war, wie nachträglich bekannt wird, auch Herr Schlachtermeister Stein als Vertreter der Gewerbe-Lammer beieiligt. Warum auch nicht? Gewiß eine geeignete Person!

Der wackere Dr. Götz! Die Resolution Pachnietz (s. Pol. Rundschau) ist, wie ersichtlich, auch von dem Lübecker Reichsboten unterzeichnet worden. Das ist um so auffälliger, als Herr Dr. Götz als Rechtsanwalt mit dem Aufgebot höchster juristischer Spitzfindigkeit gegen-theilige Anschauungen in einer Weise zu vertheidigen pflegt, die einem König Stumm alle Ehre machen würde. Nun, vielleicht hat er nur „aus Versehen“ seinen Namen unter das Schriftstück gesetzt.

Vom Tage. Ueberfallen worden ist angeblich am Sonntag Abend in der zweiten Wallstraße ein Arbeiter von vier Unbekannten. Er ist dabei so arg mißhandelt worden, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. — Bei einem Streit, welcher zwischen einem Maurer, dessen Frau und einer zweiten Frau ausbrach, wurden erstere beiden erheblich verletzt, auch wurde das Kleid der Frau total zerrissen. Wegen der Uebelhäterin ist Untersuchung eingeleitet.

Zeichen der Zeit. In Haft gerichtlich wegen Bettelns 9, in Schutzhaft als Obdachlose 4 Personen.

In das Handelsregister ist eingetragen am 18. Januar 1898: auf Blatt 1571 bei der Firma J. F. Struve: Friedrich Heinrich Bluhme Fehler, Kaufmann in Lübeck, ist als Gesellschafter eingetreten. Offene Hand-
elsgesellschaft seit dem 1. Januar 1897.

Wahl. Am 8. Januar hat der Senat Nikolaus Joachim Bernhard Fähr zum bürgerlichen Deputirten bei der Vorsteherchaft des Krankenhauses und Dr. Heinrich Adolph Götz zum bürgerlichen Deputirten beim Finanz-departement wieder erwählt.

Hamburg. „Nationale“ Wirtschaftspolitisch. Die Hamburg-Amerika Linie beginnt bekanntlich am 25. Januar ihre ostasiatischen Dampfer-fahrten. Die erste Fahrt soll die „Andalusia“ machen. Zur Befahrung des Dampfers hat die Hamburg-Amerika-Linie 30 Chinesen angeworben. Ob die Gelbgesichter neue „Landsleute“ aus Kiautschau sind, wissen wir nicht. Jedenfalls ist die Anwerbung chinesischer Kulis für die „nationale“ Dampferlinie ein passendes Seitenstück zu der angekündigten Verwerbung der Hamburg-Amerika-Linie um eine Reichssubsidiention für ihre ostasiatischen Fahrten. Die Chinesen, die als Feuerleute Verwendung finden sollen, sind mit einem Dampfer der Rickmers'schen Rheederei von China hierher befördert worden und haben heute Morgen auf dem Seemannshaus für die „Andalusia“ angemustert. Das nennt man „nationale“ Wirtschaftspolitik. Die Hamburg-Amerika-Linie, die sich

so eifrig für die „Weltpolitik“ begeistert, scheint das Knackfußbild des „Weltpolitikers“ ganz vergessen zu haben, auf dem die den Europäern drohende mongolische Gefahr auf dem deutlich verfinstert wird, und welches den Warnungsruß trägt: „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter!“ Die „nationale“ Wirtschaftspolitik der Hamburg-Amerika-Linie findet sich offenbar mit den Mongolen sehr gut ab und weiß aus diesen Profit zu schmieden.

Schleswig. In dem Wahlkreise Schleswig-Eckernförde wurde in einer von 52 Delegirten aus allen Theilen des Wahlkreises besuchten Versammlung Herr Lederfabrikant Ad. Jacobsen in Schleswig als alleiniger freisinniger Kandidat mit allen gegen eine Stimme für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. Wie in der Versammlung mitgetheilt wurde, rechnet sich Herr Jacobsen zur Freisinnigen Volkspartei. Der bisherige Abgeordnete Lorenzen hatte der Versammlung schriftlich seine Zustimmung zur Aufstellung der Kandidatur Jacobsen mitgetheilt.

Uffrow. In der hier abgehaltenen konservativen Versammlung ist, wie das „Hamburger Fremdenblatt“ aus bester Quelle erfährt, General Bronsart v. Schellendorff (Besitzer von Warrienhof) als Kandidat für den 6. mecklenburgischen Reichstagswahlkreis aufgestellt worden. Dann kann also die Fenersprie in Aktion treten. Viel Glück auf den Weg.

Briefkasten.
W. B. Mensfeld. „Du wärest schlau gewesen, wenn du den Schnabel gehalten hättest.“

Stadttheater. Morgen, Donnerstag, gelangt „Die verkaufene Glocke“ von Gerhart Hauptmann zum ersten Male im Abonnement zur Aufführung. In den Zwischenpausen concertirt das gelammte Orchester des Musikvereins. Mit Freitag ist Meyerbeers große Oper „Der Prophet“ angefüllt. Zur Feier von Lessings Geburtstag wird Sonnabend „Nathan der Weise“ als volkstümliche Vorstellung bei halben Preisen gegeben.

Quittung.
Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:
Von lustigen Sängern durch L. 5.— Mk.
Weitere Gelder nimmt gerne entgegen:
Die Expedition des Volksboten,
Johannisstraße 50.

Sternschang-Bichmarkt.
Hamburg, 18. Januar
Der Schweinehandel verlief träge.
Bezeichnet worden 1770 Stüd. Preise: Verkaufschweine schwer e 56 - 59 Mk., leichte 56 - 58 Mk., Lamm 48 - 54 Mk. und Best 54 - 57 Mk. pr. 100 St.
Der Kälberhandel verlief sehr gut.
Zugesührt wurden 1980 Stüd. Unverkauft blieben — St.
Preise: Beste 94 - 105 Mk., geringere 70 - 85 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.
D. Burg, Kapit. Zhiel, ist am 18. Januar von Pillau nach Königsberg weitergegangen.
D. Afrika, Kapit. Andersen, ist am 17. Januar von Hangö auf hier abgegangen.
D. Hansa, Kapit. Schmalfeldt, ist am 18. Januar in Vibau angekommen.
D. Der Brenne, Kapit. Bethmann, ist am 18. Januar von Königsberg auf hier abgedampft.

Die Geschichte der Deutschen Socialdemokratie

von **Franz Mehring.**

Umfaßt die Zeit von 1830—1896 und behandelt die jungen Jahre der Partei, sowie deren Schicksale unter dem Ausnahmegezet von 1878—1890. Dies Werk ist jedem Parteigenossen aufs Beste zu empfehlen und in 36 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Für Gewerbetreibende

empfehlen:

Kostenanschlags-Formulare.

Sehr gut eingerichtet.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 50.
Johannisstraße 50.

Hansa-Halle. Familien-Kränzchen. Freier Eintritt. Freier Tanz.
Donnerstag den 20. Januar:

Fein schmeckt
ein jeder Berger Flohmering, welcher in meinem Essig mariniert wurde.
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.
Essigfabrik etc., Fischergroße 61.

ELYSIUM.
Täglich: **Groß-Concert**
der preisgekrönten Concert-, Gesangs-, Södlern- u. Schupplattergesellschaft Almenrausch a. Eir.

General-Versammlung
der **Kranken- u. Sterbefälle Amicitia**
am **Sonnabend den 22. Januar**
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstraße 50.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.
2. Wahlen. 3. Antrag des Vorstandes: Erhöhung und Verlängerung der Kranken-Unterstützung.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Gesangverein „Eintracht“

General-Versammlung

am **Mittwoch den 26. Januar**
Abends 9 Uhr
im **Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1897.
2. Vorstandswahl.
3. Sommerfest.
4. Wie stellen sich die Mitglieder zum dies-jährigen Ausflug.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Circus Variété
Reuterkrug.
Täglich große Künstler-Vorstellung des mit so vielen Beifall aufgenommenen **Achten Weltspielplan.**
12 Attraktionen der Artistenwelt.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.
Donnerstag: 72. Aboem.-Vorst. 6. Abth. Gelf. Zum 1. Male im Abonnement. Neuheit.

Die versunkene Glocke.
Freitag: 74. Aboem.-Vorst. 2. Abth. Blan. Freitag-Abonnement Nr. 13.

Der Prophet.
Sonnabend: Volksth. Vorstellung b. halben Preis. Zur Feier von Lessings Geburtstag.
Nathan der Weise.

Speise-Halle Hansa
Mengenstraße 24.
Heute Donnerstag: Milchsuppe mit Kaseh und Zuder, Kopffleisch, Kartoffeln, weiße Bohnen. Mittagessen von 1/2 12—2 Uhr.

Die Schmiede im Walde.

Zeit in des Waldes schwarze Wälder gehen
Des Tages Mänge noch im Mitternacht;
Es klopf der Hammer, es klopfen die Geißeln,
Die schweren Hämmer schwingen sie mit Macht.
Die Flammen lodern und die Funken irren,
Und mit des Feuers monotonem Klang
Zusammenklingt ein kräftiger Gesang!

Wir weihen, was wir schmieden,
Der Freiheit und dem Frieden.
Nicht droben erst hienieden
Soll jeder glücklich sein!
Was fragen wir nach Kronen,
Nach Schwertern und Kanonen?
Seid einig, Nationen!
Dann endet Eure Pein!

Da bracht das Thor — es tritt vor Gott des Krieges
Mit finstern Antlitz vor die kleine Schaar
Noch kränzt der Lorbeer eines kühnen Sieges
Den goldenen Helm, das walde Vordenhair;
Und sein zerschrottes Schwert — zum Hohn dem Viede
Reicht er befehlend jetzt dem Meister: Schmiede!
Der saßt es fest — starrt in die Muth hinein
Und — plötzlich schallt es drohend durch den Hain:

Wir weihen, was wir schmieden,
Der Freiheit und dem Frieden.
Nicht droben erst hienieden
Soll jeder glücklich sein!
Was fragen wir nach Kronen,
Nach Schwertern und Kanonen?
Seid einig, Nationen!
Dann endet Eure Pein!

Es schwingt der starke Schmied den Riesenhammer,
Das Schwert zerschmetternd mit gewaltigem Schlag:
Hinweg, du Kainsgeist, der nur Tod und Jammer
Und Pest und Schrecken nur verbreiten mag!
Ja, Blut und Leichen — das sind deine Spuren,
Verstörte Städte und zerlumpete Fluren,
Was willst du hier? Wir fluchen alle dir,
Denn an dem Bau der Zukunft hämmern wir!

Wir weihen, was wir schmieden,
Der Freiheit und dem Frieden.
Nicht droben erst hienieden
Soll jeder glücklich sein!
Was fragen wir nach Kronen,
Nach Schwertern und Kanonen?
Seid einig, Nationen!
Dann endet Eure Pein!

Und sich — der Gott des Krieges ist verschwunden.
Wie Sturm und Wetter bracht es durch den Hain.
Dann wird es still und langsam fliehen die Stunden.
Die Muth erlischt — die Schmiede schlafen ein.
Der Meister nur, der Ruh nicht finden konnte,
Lehnt noch am Thor, blickt nach dem Horizonte,
Und — wie ein Seher — lächelnden Gesichts
Grüßt er das erste Roth des Morgenlichts:

Was fragen wir nach Kronen,
Nach Schwertern und Kanonen?
Wacht auf, ihr Nationen,
Ihr, die von Sorgen bleich!
Die Hohen, die Gemeinen
Die Mächtigen, die Kleinen —
Sie müssen all sich einen
Zum großen Friedensreich.

Zukunftstaatliches.

h. z. Unser Veteran Lieblnecht hat kurz bevor er die göttlichen Räume des preussischen Gefängnisses in Charlottenburg bezog in der „Kosmopolis“, einer Zeitschrift, die zu gleicher Zeit deutsche, englische und französische Aufsätze hervorragender Schriftsteller aller Länder enthält, einen größeren Aufsatz unter dem Titel „Zukunftstaatliches“ veröffentlicht. Der Artikel ist mit der ganzen Wärme und Anschaulichkeit geschrieben, welche die besten Arbeiten unseres alten Soldaten auszeichnen. Er ist außerordentlich reich an Anregungen und es verlohnt sich einen Auszug zu geben, der bei den großen Umsfange des Originalartikels natürlich nur einige hauptsächlichste Gesichtspunkte berücksichtigen kann.

Lieblnecht spottet in der Einleitung über das thörichte Verlangen unserer Gegner, nach einer genaueren Beschreibung des Zukunftstaates, wie wir ihn anstreben. Er sagt:

Noch kein Mensch hat in die Zukunft geschaut — wie sollte ich können, was noch keiner gekannt hat und was keiner können wird? Wer weiß, was der morgige Tag bringt, wer weiß, was die nächste Minute bringt? Wir Sozialisten sind nicht der Meinung, die Menschheit sei bisher Tausende lang auf Irrwegen gewandert und erst wir Sozialisten zeigten ihr den richtigen Weg und wollten sie am Leitfaden auf ihn führen. Wir wissen, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung nicht der Willkür oder Laune ihren Ursprung verdankt. Wir wissen, daß Völker, deren Waffen noch Pfeil und Bogen sind und die weben und spinnen, wie Penelope spannen und webte, keine Kulturstaaten in unserem Sinn bilden können. Wir wissen aber auch, daß Einrichtungen, die auf einer bestimmten Kulturstufe notwendig sind, auf einer höheren Kulturstufe Fortschrittsheime werden und durch andere, den neugewordenen Verhältnissen entsprechende ersetzt werden müssen, was, wenn Veränderung auf gewalttätigen Widerstand stößt, mit gewalttätigen Stürmen — Revolution — verbunden ist. „Alles ist im Fluß“, und für jede Staats- und Gesellschaftsform kommt die Zeit, wo sie einer andern zu weichen hat. Die Frage nach dem Zukunftstaat kann nur die Frage der Art und Weise, wie nach der Ansicht eines im Parteikampf stehenden Mannes „die soziale Krise verlaufen und welche „Lösung“ die soziale Frage wohl haben wird.“ Das ist etwas Anderes als die Narrenfrage nach dem Zukunftstaat, die schon so viele Menschen zu Narren gemacht hat.

Hat sie nicht sonst meinen hochgeschätzten Kollegen im Reichstag, Herrn Eugen Richter, eine Wicksbüchse für eine Perle zu ansehen lassen, mit welcher der Sozialismus zu Drei zerschmetterte würde. O diese Wicksbüchse. Sie ist ein uraltes Möbel, mit dem ich bereits vor genau 50 Jahren bekannt wurde, als ich in die Schweiz gerieth. Die Jungdeutschen hatten, wenn alle ihre theoretischen Argumente abgethan, einen „letzten Grund“, mit dem sie uns Communisten auf den Leib riefen: Wer wird in der kommunistischen Gesellschaft der Gleichen — die Stiefel wischen und die — Cloaken

reinigen?“ Die Stiefel, meinte ich, wischt jeder sich selbst, wenn er nicht zu schwach oder krank ist, und dann wird es gern ein Anderer für ihn thun und was die Cloaken betrifft, so ist diese Frage schon von einem gewissen Hercules gelöst worden, der die Ställe des Königs Augustus dadurch reinigte, daß er einen Fluß nach den Ställen leitete.

Was versteht man denn eigentlich unter dem seltsamen Wort „Zukunftstaat“? Wo fängt die Zukunft an, wo hört die Gegenwart auf? Ist die Gegenwart von morgen nicht heute Zukunft? Wor der Staat, die Gesellschaft von heute nicht gestern ein Zukunftstaat, eine Zukunftsgesellschaft? Wie Sozialisten sollen auf's Haar wissen, wie der sozialistische Zukunftstaat aussieht oder aussehen wird! Haben etwa die vermeintlichen Begründer der modernen bürgerlichen Gesellschaft, die den Zukunftstaatsträgern als muster- und endgültige Gesellschaftsordnung vorschwebt, auch nur die entfernteste Ahnung von dem gehabt, was heute ist. In Wirklichkeit ist die jetzt herrschende Gesellschaftsordnung organisch aus deren früheren Gesellschaftsformen herausgewachsen. Fürst Bismarck mußte in Deutschland eine wirtschaftliche Revolution durchzuführen helfen, die Deutschland aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat verwandelt, den kapitalistischen Großbetrieb an Stelle des bäuerlichen Kleinbetriebs setzte, Millionen der Landbevölkerung in die Städte getrieben und „die Verunstaltungen der Revolution“ zu schwindelnder Größe aufgeschwemmt hat.

Das Ende des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, den die wirtschaftliche Revolution gezeitigt hat, ist der Sozialismus. Die aufsteigende Spirallinie, welche der Entwicklungsgang der Menschheit nach Humboldt beschreibt, muß durch den Sozialismus gehen: Und giebt's etwas hinter dem Sozialismus? Ueber ihn hinaus? Das neunzehnte Jahrhundert gehört der sozialen Frage schrieb vor Jahren schon der von Gaus konservative durch staatsmännische Progris zu freieren Anschauungen belehrte Gladstone. Und das 20. Jahrhundert gehört der Lösung, darf ich getrost hinzufügen. Ob die Entwicklung zum Sozialismus sich friedlich oder gewalttätig, ob auf dem Wege der Reform oder Revolution vollziehen wird, das ist eine Frage des größeren oder geringeren Intellekts der herrschenden Klassen und des größeren oder geringeren Wertes der Staatseinrichtungen. Wie oft hörte ich die sehnsüchtige Frage: Werden wir unser Ideal noch erleben. Werden wir? Ja und nein. Nein, denn kein Ideal wird erfüllt. Haben wir erreicht, was uns heute das höchste erscheint, so ist Höheres und Weiteres schon vor uns. Der Zukunftstaat hat keinen Anfang und kein Ende. Und doch werden wir ihn erleben. Nicht „werden“, wir erleben ihn — wir erleben sein. Werden — er wird am uns. Wer hat beim Wandern in Herbsttagen nicht eine weiße Nebelwand vor sich gesehen? Sie scheint an einem bestimmten Punkt aufzusteigen. Wir eilen hin, aber die Wand entfernt sich so schnell als wir uns nähern; und schauen wir uns um, so sehen wir, daß hinter uns, neben uns die gleiche Wand ist wie vor uns. Wir sind mitten im Nebel, nur daß wir in nächster Nähe ihn nicht wahrnehmen. — So sind wir mitten in der sozialen Revolution. Es sei hier

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.
Frei nach dem Amerikanischen.
Von Erich Friesen.

(15 Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

„Nun, Herr Lewis?“
Noch immer schweigt er. Dann fragt er plötzlich und unvermittelt:
„Kennen Sie Barns?“
Barns? Nein. . . Wer ist das?“
„Der schlaueste Detectiv in New-York.“
„So!“
„Ist Ihnen nicht aufgefallen, daß in Ihrer Umgebung sich etwas Besonderes zuträgt?“
„Das wohl.“
„Begreifen Sie den Grund?“
„Nein.“
„Soll ich Ihnen denselben nennen?“
„Ich bitte darum.“
Wieder zögert er. Wie soll er dem schönen Mädchen, das ihn mit großen unschuldigen Augen fragend anblickt, erklären —
„Mit dem 21sten Jahre kommen Sie in den Besitz eines großen Vermögens“, beginnt er endlich zaghaft.
„Sollten Sie früher sterben, geht es an Herrn Forster über. Wissen Sie das?“
„Jawohl.“
„Gut. Nun haben Sie Ihr Leben für vierzigtausend Dollars versichert. Die Police befindet sich in den Händen meines Chefs. Verstehen Sie?“
„Ja.“
„Gut. Forster ist ein Hallunke und Bloomfield ebenfalls. Beide verfolgen dasselbe Ziel: Sie, Fräulein, sollen vor ihrem einundzwanzigsten Jahre sterben. Folgen Sie meinen Worten?“
„Ich folge“, erwiderte Irene. Sie ist sehr bleich geworden.

„Die Weiden arbeiten einander in die Hände“, fährt Benjamin Lewis in erregtem Tone fort. „Sie scheuen nicht Geld, noch Mühe, und wenn Geld und Schurkerei zusammen etwas ausrichten können, so werden Sie — o, Fräulein, sehen Sie mich nicht so an — ich kann es Ihnen nicht sagen —“

„Sie werden mich morden, meinen Sie!“
Der junge Mann senkt den Kopf. Er wagt nicht, das Mädchen anzublicken.

„Und — und wie —“ fragt sie stockend.
„O, da giebt es verschiedene Möglichkeiten. Das Wahrscheinlichste ist, sie stecken Frau Forster wegen betrügerischer Handlungen in's Loch — ich meine in's Gefängnis. Gleichzeitig suchen sie zu beweisen, daß Sie, Fräulein, nicht ganz zurechnungsfähig sind —“

„Ich?“
„Ja, Fräulein. Man wird Sie entweder in eine Irrenanstalt schleppen oder — Ihrem Vormund überliefern; das ist ganz gewiß. Ich kenne die zwei Schufte von Ärzten, welche den Beweis Ihres Irrens liefern sollen. Den Einen davon haben Sie ebenfalls schon gesehen.“

„Ich? . . . Wo?“
„Der alte Herr, der am Ende von New-York Ihr Coupee bestieg. Haben Sie ihn gestern nicht auf der Straße bemerkt?“

„Nein.“
„Er hat ihre Adresse ausfindig gemacht und beobachtet Sie genau. Er weiß schon, daß Frau Forster auf Ihren Namen, Fräulein, Werthsachen verpfändet hat, die noch nicht bezahlt sind.“

Ein tiefer Seufzer hebt Irene's Brust.
„Wenn Sie sich retten wollen, trennen Sie sich von Frau Forster!“ ruft Benjamin Lewis fast flehend.
„Trennen? Nein. Ich will ihr beistehen!“ entgegnete Irene fest. „Ihr Alle mißversteht sie. Ich allein weiß, wie gut und edel sie ist.“

Traurig schüttelt der junge Mann den Kopf.
„Schon einmal haben Sie dadurch Ihr Glück ver-

scherzt“, murmelt er. „Der junge Petersen, dieser brave hochherzige Jüngling, hat sich mit Vater und Schwester auf der „Columbia“ nach seiner Heimath eingeschifft. Kennen Sie die Bedingung, unter welcher der alte Petersen seinen Sohn mit Geld und guten Rathschlägen versorgte, um Sie vor der Gefangenschaft zu bewahren?“

Irene senkt den Kopf.
„Der junge Mann mußte ihm versprechen, daß er Sie nicht wiedersehen würde, falls Sie sich nicht für immer von Frau Forster lossagten. . . . Er hat sein Wort gehalten.“

Irene's Augen füllen sich mit Thränen. Fest preßt sie die Lippen aufeinander, um nicht in Schluchzen auszubrechen. Jetzt erst weiß sie, wie herzlich sie dem jungen Norweger zugethan ist, wie sie immer noch im Herzen die Hoffnung hegt, er werde sich ihr wieder nähern. . . . Das ist nun vorbei — für immer. . . .

„Ich weiß das Alles von Barns, dem Detectiv, den Herr Petersen engagirt hatte, um Sie auf Wunsch seines Sohnes aufzufinden. Prachtwerk, der junge Petersen! Nur etwas zu vertrauensvoll, zu sorglos! Hätte mehr auf seiner Hut sein sollen. Als er damals den Wagen entlassen hatte, machte sich die Polizei an den Rutscher. Sie erfuhr, wo er Herrn Petersen abgesetzt hatte. Im Hotel hörte sie ferner, daß er nach dem Bahnhof fahren würde und kalkulierte richtig, daß er Ihnen Lebewohl sagen wolle. Mein Chef, der die Polizei auf Sie aufmerksam gemacht hatte und mit ihr in Verbindung steht, benachrichtigte sofort die zwei Ärzte, mit denen schon Alles verabredet war, und der Eine davon — der alte Herr, den Sie kennen — folgte Ihnen von der nächsten Station aus in's Coupee. . . . Doch auch ohne das war Ihre Spur bald entdeckt worden. Es ist geradezu wahnsinnig von Frau Forster, solchen Aufwand zu treiben. Sie zieht beständig durch ihr extravagantes Auftreten die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich. Da denkt sie, den Spürnasen entrückt zu sein, wenn sie von New-York ein paar Meilen entfernt ist und den Namen geändert hat.“

merkt, daß das Wort Revolution für und Sozialdemokraten nicht die Bedeutung des gewalttätigen Umsturzes hat. Das Revolutionäre ist im Ziele, nicht in den Mitteln. Im weiteren Verlauf seiner Auseinandersetzungen äußert sich Liebknecht auch über das Wort von der Diktatur des Proletariats. Er fragt: Was ist Diktatur? Die schärfste Verneinung der Demokratie, die äußerste Konzentration der Staatsmacht zum Zweck der Kriegführung gegen einen inneren oder äußeren Feind. Im alten Rom, woher das Wort und die Sache stammt, hat es wiederholt Diktaturen bestanden und bis in die neueste Zeit haben wir Diktaturen gehabt und haben sie heute: die Klassendiktatur des Kapitalismus. Es ist das alte Spiel: Der Kapitalismus wirft seine eigenen Sünden dem Sozialismus vor wie mit der „Theilerei“, der Zerstückung des Eigentums und der Familie der „freien Liebe“, dem Kasernen- und Zuchthausstaat. Die Sozialdemokratie erstrebt die Beendigung des Kriegszustandes an, der durch den Klassenkampf gegen das Proletariat entstanden ist. Ist dieser Kriegszustand beendet, so haben wir den sozialen und inter sozialen, den nationalen und internationalen Frieden. Wozu die Diktatur? Wir wollen auch nicht die Diktatur der Mehrheit. Vielköpfige Tyrannie ist nicht besser als einköpfige. Drum fordern wir die Vertretung der Minderheit, die vollste Wahrung der Rechte des Individuums, Grundrechte, die kein Majoritätsbeschluss antasten kann. Wo Alle gleiches Recht und gleiche Macht haben, kommt Jeder zu seinem Recht.

Als die beiden Hauptfunktionen der Gesellschaft unter der Herrschaft des Sozialismus bezeichnet der Verfasser 1. die Organisation der Arbeit als materielle; 2. die Organisation der Erziehung als moralische und intellektuelle Grundlage der Gesellschaft. Er nennt die großen Kaufhazare schon einen Vorgeschnack des Zukunftsstaates und bespricht dabei eingehend die Concentrirung der Waaren-Erzeugung und Waaren-Vertheilung. Er singt dabei das hohe Lied der Arbeit. „Arbeit ist es, die über das Thier stellt“. Von Natur hat jeder normale Mensch den Trieb zur Arbeit, das Kind bringt ihn mit in's Leben. Des Längeren verweilt Liebknecht bei der Organisation des Schul- und Erziehungswesens. Er citirt ein Wort Richard Cobden's, der gesagt hat, daß das Volk, welches die gebildetsten Arbeiter hat, das reichste und mächtigste werden müsse.

Liebknecht schließt: Der Zukunftsstaat fällt nicht vom Himmel. Er liegt zum Glück auf unserer schönen Erde. Und nicht von Engeln und Teufeln wird er bewohnt werden, sondern von Menschen des Gegenwartsstaates. Große Veränderungen, die auch äußerlich auf dem Erdboden bevorstehen, wird es allerdings geben. Verschwinden werden die Kasernen; denn keine Soldaten wird es im Zukunftsstaat mehr geben. Verschwinden werden die Zuchthäuser; denn die Gesellschaft wird sich ohne Verbrecher behelfen. Verschwinden werden die Justizhäuser; denn die Gesellschaft wird sich ohne Verbrecher behelfen. Verschwinden werden die Justizpaläste; denn an Prozessen wird Mangel sein. Verschwinden werden die Bastillen der Arbeit. Verschwinden werden die Löcher, nicht gut genug für das Vieh, in denen die Mehrzahl der Menschen und gerade sie, welche die Gesellschaft ernähren und auf ihren Schultern tragen, heute zu wohnen gezwungen sind. Verschwinden werden die ungeunden, Fieber verbreitenden Häuserwüsteneien. Der Unterschied zwischen Stadt und Land wird aufhören, und Dank der Vervollkommnung der Beförderungsmittel werden die Menschen nicht mehr Sklaven der Entfernung sein und ohne sich von den Kulturgenüssen zu trennen, in der freien Natur leben können. Ersterben werden

Als ob die Polizei sich durch etwas täuschen ließe! Noch nicht einmal ihr Haar hat sie anders gefärbt! Sieht dieser Sorte von Frauen ganz ähnlich. Kenne sie aus dem Bureau meines Chefs zur Genüge!
„Welche Sorte von Frauen?“ fragt Irene, unangenehm berührt.
„Nun, die Chansonetten. Sie war auch so eine; fing im Tangel-Tangel an, spielte dann in Pantomimen und ging später zum Circus. Diese Weiber denken nicht weiter, als ihre Nase lang ist. „Wird sich schon Alles machen!“ ist ihr Motto. Sie stürzen sich mit geschlossenen Augen in irgend eine Sache hinein, ohne daran zu denken, was daraus wird; gerade so wie sie im Circus durch den Papierreifen springen, im blinden Vertrauen, wieder auf dem Rücken des galoppirenden Pferdes anzukommen. . . . Nehmen Sie sich in Acht, Fräulein! Ich will nicht gerade sagen, daß sie schlecht ist, weil sie Circusreiterin war; viele von ihnen sind gut und großmüthig und alles das. Aber sie sind alle leichtsinnig. So lange Sie sich in Frau Forster's Gesellschaft befinden, tragen Sie gewissermaßen auf Ihrem Rücken ein Schild mit Ihrem Namen. Jedermann kennt Sie und spricht über Sie. Trennen Sie sich! Es ist zu Beider Vortheil. Weder Henry Forster, noch David Bloomfield werden sich weiter um Frau Forster kümmern, wenn Sie nicht mehr bei ihr sind. Verstehen Sie?
Irene hört aufmerksam zu.
„Ja, ich glaube, ich verstehe Sie. Fahren Sie fort!“
„Wer hegt die Polizei auf Sie? Forster und Bloomfield. Sobald die Beiden nicht mehr zahlen, kümmert sich keine Kasse mehr um Frau Forster. Sie kann thun und lassen, was ihr beliebt. Und Sie selbst, Fräulein, können sich verstecken, sobald die beiden Schurken Sie nicht finden. Das heißt, wenn Sie sich von Frau Forster trennen. Wenn nicht, und die Dame fährt fort, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, so sitzt sie in nächster Woche im Loch und Sie — ach, ich kann gar nicht daran denken!“

baggen mächtige Prachtbauten für die Schulen aller Art. Ersterben werden Tempel der Kunst und der Wissenschaft, ersterben werden Paläste der Arbeit mit Räumen der Besprechung, der Erfrischung, der Speisung und der Körperpflege. Ersterben werden Paläste, in denen die Volkvertreter tagen, und andere, in denen das Volk sich versammelt, um zu berathen. Ersterben werden riesige Clubs und Kaufhäuser und Bazare, wie William Morris sie geschilbert hat. Und an gewissen Tagen werden die Bürgerinnen und Bürger des Zukunftsstaates aus allen Theilen des Gemeinwesens zusammenströmen wie einst die Hellenen zu olympischen Spielen.

Doch wohin gerathe ich? Schnell zum Schluß, zu Ende würde ich ja doch nicht kommen, sündemalen der Ausblick in's Endlose geht, und die Uferlosigkeit ist auch zu anderen Dingen, als Flottenplänen, nicht gut. So sei es denn genug. Die Bürgerinnen und Bürger des Zukunftsstaates haben ja zwei Füße wie wir und je zwei Hände und einen Kopf. Sie werden gesunder und klüger sein als wir, und sie werden sich ohne mich einzurichten und zu berechnen wissen.

Aus Nah und Fern.

Der abgebligte Polizeiwann. Essen, 14. Januar. Vor der Strafkammer wurde heute ein interessanter Fall verhandelt. Ein Polizeibeamter trat am 7. Juni in eine Versammlung einer Zahlstelle des Central-Vereins der Stukkateure, die in einem Wirthshofe in Bickern stattfand, und erklärte die Versammlung ohne Weiteres für geschlossen. Ein Stukkateur, der eben am Reden war, erwiderte ihm, er habe hier nichts zu schließen und er solle einmal das Vereinsgesetz durchlesen. Durch diese Aeußerung fühlte sich der Polizeibeamte beleidigt und stellte Strafantrag, der aber vom Schöffengericht in Bickern zurückerwiesen wurde. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Verurteilung wurde von der Strafkammer verworfen, da der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt.

Skandal in einem Hörsaal. Die Wiener „Arbeiter Zeitung“ berichtet: „Auf dem Gebiete des akademischen Arawall- und Skandalwesens ist eine bemerkenswerthe Neuerung zu verzeichnen. Bisher war es nämlich Sitte, daß die Studenten gegen die Professoren demonstrieren. Nun aber findet ein Professor — und zwar ein ausgemachener Professor, ein Hofrath — diesen schönen Brauch veraltet, dreht den Spieß um und demonstriert gegen die Studenten oder vielmehr gegen die Studentinnen. Der gute Mann, er heißt Albert, kann nämlich die emancipirten Weiber nicht leiden — was uns natürlich nicht hindern soll, seine Verdienste um die Medizin anzuerkennen, falls er sich welche erwerben sollte — und hat schon vor ein paar Jahren eine höchst unduldsame Broschüre gegen das Frauenstudium geschrieben. Man darf ihm das nicht zum Vorwurf machen; er versteht's eben nicht besser. Aber trotz dieses milbernden Umstandes ist die . . . nun sagen wir die Freiheit, die sich der Herr Professor dieser Tage gegen eine Studentin herausgenommen hat, durch nichts zu entschuldigen. Mitten in der Vorlesung fing er plötzlich zu deliriren an: „Ich sehe eine Dame hier. Seien Sie nicht böse. Es richtet sich nicht gegen Ihre Person. Aber ich bin nicht gesonnen, Damen in meine Vorlesung zuzulassen. Ich bitte Sie daher, die Vorlesung zu verlassen, zumal Sie sich nicht vorgestellt haben.“ In einem lichten Moment wird der Professor sich wohl selber gestehen müssen, daß er sich eine schimpfliche Blöße gegeben hat. Wenn die Gegner des Frauenstudiums über keine anderen geistigen und moralischen Mittel verfügen,

Der junge Mann ist tief erregt. Mit dem schädigen Rockärmel wischt er sich ein paar Mal über die Augen, bevor er fortfährt:
„Niemand kann Ihnen in der Angelegenheit helfen, da Henry Forster Ihre Stiefvater und Vormund ist.“
„Aber ein Rechtsanwalt —“
„Pah! Ehe er Ihre Sache führt — angenommen, daß er Ihnen überhaupt glaubt — fordert er Vorschuß. Und woher wollen Sie den nehmen?“
„Könnte ich nicht Geld erheben —“
Fast beschwörend hebt Benjamin Lewis beide Hände hoch.
„Um Gotteswillen, Fräulein, hüten Sie sich vor Gelbberleibern! David Bloomfield ist nicht schlimmer, als die Andern. Wenn Sie mit diesen Blutsaugern in Berührung kommen, sind Sie verloren. Ich kenne das — muß ja selbst darin arbeiten — leider. . . . Außerdem giebt Ihnen keiner einen Cent, ohne sich genügende Informationen über Sie verschafft zu haben. Und wer wird einem Mädchen Geld leihen, das nicht ganz zu rechnungsfähig ist und in's Irrenhaus soll! . . . Das Alles würde Sie nur wieder in die Hände Ihres Vormundes bringen.“
„Aber was soll ich thun?“ ruft Irene mit angstvoll zusammengepreßten Händen. „O, Herr Lewis, Sie sind gut. Rathen Sie mir!“
Ein Strahl des Glücks fliegt über die bleichen Züge des jungen Mannes.
„Nehmen Sie mit dem nächsten Zuge nach New-York zurück!“ erwidert er eindringlich. „Dort in der Millionenstadt sind Sie am sichersten. Kümmern Sie sich nicht um Frau Forster!“
„Ich — ich kann nicht“, murmelt sie leise.
„Warum nicht?“
„Ich besitze keinen Cent. Unsere ganze Baarschaft befindet sich in Frau Forster's Händen.“
(Fortsetzung folgt.)

als über Schwachhinn und Brutalität, so ist es um ihre Sache sehr schlecht bestellt. Es sei noch erwähnt, daß die Studenten, die Zeugen dieses Vorfalles waren, die Beleidigung ihrer Kollegin ruhig mitansahen. Sie machten nicht einmal den Versuch, auf ihren Professor einen erzückerischen Einfluß zu nehmen. Lehrer und Schüler sind einander werth.

Von der deutschen Marine. London, 14. Januar. Dem Lloyd zufolge meldete der englische Truppentransportdampfer „Dunera“ aus Berlin, er habe ein deutsches Kriegsschiff gesehen, das seine Landungsfähigkeit verloren habe. — Dazu giebt das Oberkommando der Marine folgende Aufklärung: Der Panzerkreuzer „Deutschland“ hatte für eine längere Reise nicht mit genügenden Kohlenvorräthen eingerichtet werden können, weshalb Prinz Heinrich den Kreuzer „Deutschland“ vom Kreuzer „Gefion“ zeitweise habe schleppen lassen, um Kohlen zu sparen. In dem Augenblicke, wo der englische Dampfer die Kriegsschiffe antraf, habe jedenfalls Prinz Heinrich wieder, der Kohlenersparniß wegen, die „Deutschland“ vom „Gefion“ in's Schlepptau nehmen lassen, was zu der Annahme von einer Beschädigung des Schiffes geführt habe.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 9. bis 15. Januar 1898.

- Geburten.**
- a) Knaben. Name und Beruf des Vaters.
Januar. 2. Arbeitsmann Hermann Julius Josephski. 4. Maurermeister Johann Brigg. 6. Arbeitsmann Max Carl Wilhelm Johannes Fendt. 8. Ladirgehilfe Alois Herde. Wittkergeselle Karl Gottlieb Bühler. Kantienwirth Carl Friedrich Heinrich August Vogel. 9. Hüter Johann Georg Theodor Altmann. Stellmacher Johannes Casper Heinrich Lüth. 10. Schuhmacher Carl Ernst Philipp Wilmersmann. Zimmermeister Georg Christian Robert Glau. Malermeister Julius Otto Johannes Carzens. Sergeant Paul Richard Michaelis. 11. Fabrikant Ernst Koch, Trems. Postillon Heinrich Johann Christoph Rod. Kaufmann Friedrich Otto Vallerstedt. Weichensteller Pirich Christoph Schel. Arbeitsmann Joachim Heinrich Johann Dunselmann. Arbeitsmann Friedrich Joachim Heinrich Brunn. 12. Klempner und Mechaniker Joseph Bernhard Theodor Köster. 13. Arbeitsmann Johann Joachim Friedrich Schloß. Schmiedegeselle Georg Friedrich Anton Grünig, Wilhelmshöhe.
- b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.
Dezember 1897. 29. Tischlergeselle August Vogatz. Januar 1898. 1. Schuhmacher Karl Friedrich Daniel Roth. 5. Bäcker Johann Friedrich Pirich. Lokomotivheizer Johannes Pirich Gottlieb Wessel. Fabrikarbeiter Johann Eysla. Baubildner Gustav Adolf Ernst Schaumann. 6. Schmiedegeselle Eduard Heinrich Johannes Hagen. 7. Ingenieur Eduard Friedrich Johannes Julius Koch. Hilfsarbeiter am Steuerbureau Johannes Heinrich Friedrich Dohrmann. Metalldreher Heinrich Wilhelm David Eggers. Arbeitsmann Martin Josef Dabig. Kaufmann Karl Heinrich Peter Ludwig Karstedt. 8. Arbeitsmann Johann Joachim Friedrich Köpcke. Kaufmann Heinrich Richard Piehl. Fuhrmann Hans Heinrich Wilhelm Steen. 9. Klempner Wilhelm Moritz Schulte. Arbeitsmann Friedrich Christian Albert. Schiffskapitän Carl Thiel. Arbeitsmann Albert Eduard Ott. Arbeitsmann Johann Heinrich Christian Oster. Schuhmachergeselle August Friedrich Ott. 10. Koch Josef Nemes. Wagenschieber Georg Heinrich Julius Horsthäuser. 11. Arbeitsmann Hans Joachim Däster. 12. Tischlergeselle Martin Carl Georg Green. Arbeitsmann Joachim Heinrich Wilhelm Karsten. 13. Arbeitsmann August Heinrich Wöbe.

- Sterbefälle.**
- Januar. 8. Dorothea Margaretha Catharina geb. Lemble, Ehefrau des Arbeitsmannes Franz Pirich Friedrich Müller, 66 J. Arbeitsmann Joachim Adam Bittenje, 74 J. Tapezierlehrling Theodor Johannes Conrad Peters, 18 J. Christine Maria Dorothea Hansmann, 74 J. Handlungsgehülfe Hugo Josef Paul, Ehler von Bienenau, 27 J. 9. Hulda Anna Hingst, 1 M. 10. Caroline Henriette geb. Nagel, Wittve des Landmannes und Gastwirths Peter Piening, vorher vermittelte gewesene Braut und Zwisperrn, 73 J. Bäckermeister Johann Gottlieb Christof Nothmann, 63 J. Ein Mädchen, 2 J. 11. Arbeitsmann Johann Joachim Friedrich Köpcke. Minna Christine Elisabeth Müller, 3 J. Arbeitsmann Ernst Heinrich Julius Hochrath, 28 J. Biegelarbeiter Christian Fritz Schulz, 31 J. Arbeitsmann Peter Pirich Partwig Meyer, 70 J. 11. Christina Catharina geb. Kelling, Wittve des Arbeitsmannes Jacob Pirich Steffens, 68 Jahre. Martha Helene Dorothea Zetlow, 1 M. Louise Johanna Charl. König, 40 J. Arbeitsmann Johann Heinrich Christian Dreher, 54 J. Emilie Leopoldine Theodore geb. Angewitter, Wittve des Ober-Appellationsgerichts Dr. jur. Ernst Karl Ludwig Wilhelm Zimmermann, 76 J. Ein todgeb. Knabe, 8. Steinmetzgehülfe Carl Hermann Robert Thimm. Johanna Minna Augusta Louise Straub, 3 M. Rentier Bernhard Johann Friedrich Wendt, 79 J. 12. Privatmann Johann Friedrich Hoffmann, 74 J. Malermeister Joachim Hermann Heinrich Freytag, 61 J. 13. Otto Johann Heinrich Schwarz, 1 J. Johanna Dorothea Henriette Kleinhan, 83 J. 14. Arbeitsmann Carl Gottlieb Franz Otterstein, 51 J. Mariechen Frida Dillshalt, 1 M. Schiffszimmermann Johann Martin Karl Hammann, 45 J. 15. Ein todgeb. Mädchen, 8. Tischlergeselle Max Emil Jens Carl Kasemann.

- Angedruckte Aufgebote.**
- Januar 10. Arbeiter Fritz Heinrich Carl Pauls und Wilhelmine Sophia Dorothea Schröder zu Schlotup. Beamter der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft Claus Friedrich Greve und Bertha Elisabeth Johanna Koffien. Arbeiter Bernhard (Bernard) Kuschel und Marianna Bergmann, Beide zu Belsche. Gärtner Ernst H. Hoop zu Gutin und Sophie Christine Dorothea Beutin zu Groß-Parin. 11. Schneidergeselle Carl Wilhelm Friedrich Grabert und Luise Sophie Anna Kohr. Arbeiter Johannes Heinrich Franz Müller und Friederike Magdalene Bertha Jakobit. 12. Arbeiter Johannes Friedrich Ludw. Vender und Frida Johanna Wilhelmine Bernier. Träger August Wilhelm Meyer und Louise Dorothea Sophia Helene Hamann. 13. Feinmechaniker Eugene Louis Marins Ledentun und Amalie Dorothea Sophie Lütkemann, beide zu Hamburg. 15. Kaufmann Johann Heinrich Wilhelm Busch und Emma Maria Luise Holsk, beide zu Carlow. Schlossergeselle Carl Friedrich Christian Vorwöb und Johanna Henr. Friederike Auguste Mundt. Geschäftsführer Fritz Heinrich Wilhelm Rüb und Wilhelmine Wigger.
- Eheschließungen.**
- Januar 11. Diäter Carl August Michaelis und Anna Margaretha Henriette Zeller. 14. Kaufmann Friedrich Otto Carl Johannes Odel zu Greifswald und Louise Anna Emilie Laugwitz. Handelsmann Christian Heinrich Friedrich Rijs und Sophia Christina Maria geb. Wachtman, des Schuhmachers Johann Heinrich Kogarten Wittve. 15. Lokomotivpuffer Joachim Dieblich Peter Busse und Anna Maria Ammer. Matrose Claus Engelmann Hansen und Johanna Auguste Dorothea geb. Ehrig, des Uhrmachers Max Friedrich Karl Bund geschiedene Ehefrau. Stellmachergeselle Carl Heinrich Max Ritter und Johanna Sophia Dorothea Pöhlis. Schuhmann Joseph Franz Hübler und Dorothea Helene Charlotte Teubt.